

Politische Berichte ★

Nummer 23 / 17. Jahrgang

14. November 1996

G 7756 D Preis 2,00 DM

Politische Berichte
Zeitung für sozialistische Politik
Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis 2 DM, Jahresabo 78 DM
ermäßigt Abo 52 DM, Förderabo 130 DM

Redaktionsadresse
Postfach 260 226, 50150 Köln
Hausadresse: GNN-Verlag,
Zülpicher Straße 7, 50674 Köln,
Telefon 02 21 / 21 16 58 Fax: 02 21 / 21 53 73

Für Erhalt der sozialen Krankenversicherung

Der DGB plant für Dezember Aktionen gegen das Seehofer-Programm

Die Solidarität mit den Kranken ist den Lohnabhängigen viel wert. Das zeigen die gewerkschaftlichen Aktionen gegen die Kürzung der Lohnfortzahlung und das zeigt sich daran, daß der DGB Aktionen gegen die Zerstörung der sozialen Krankenversicherung vorbereitet.

Am 11. November fand eine Tagung für alle DGB-Vertreter in den Selbstverwaltungsorganen der gesetzlichen Krankenversicherung statt, um die Lage zu beraten. Am 12. November wurden Aktionsformen erarbeitet. Danach geht eine Aktionsmappe an die betrieblichen Funktionäre, damit diese Aktionen vorbereiten können, die insbesondere im Dezember während der Bundesratssitzung (vermutlich am 19. Dezember) stattfinden sollen.

Gegen Systemwechsel und Privatisierung des Krankheitsrisikos

Der DGB kritisiert den Angriff von CSU-Minister Seehofer auf zentrale Grundprinzipien der gesetzlichen Krankenversicherung. Er habe einen grundsätzlichen Systemwechsel hin zur Privatisierung des Krankheitsrisikos und Reduzierung der Krankenversicherung auf eine Grundsicherung vor. Zusätzliche oder qualitativ höhere Leistungen müßten dann privat bezahlt oder privat versichert werden. Ein System der Zwei-Klassen-Medizin wäre die unausweichbare Folge. Frau Engelen Kefer bezeichnet die solidarische Krankenversicherung als einen Eckpfeiler des bundesdeutschen Sozialstaates, sie müsse die Gesundheit für alle in der gesetzlichen Krankenversicherung Versicherten – unabhängig von deren Einkommen und Vermögen – sichern und wiederherstellen. Wer dies angreife, provoziere einen großen Konflikt.

Trotz der Kritik erstaunliche Übereinstimmungen

Angesichts solch drohender Worte gegen Seehofer ist die Übereinstimmung mit ihm in zentralen Fragen zumindest verwunderlich. So beschwört der DGB ebenfalls die Beitragssatzstabilität und sieht den Grund für das Defizit von 7,3 Milliarden DM, das die gesetzlichen Krankenkassen nach vorliegenden Schätzungen im ersten Halbjahr 1996 ausweisen, in „Steuerungsmängeln“. Die im Anhang der Presseerklärung abgedruckten Zahlen weisen auf ganz andere Probleme hin: Die Leistungsausgaben sind insgesamt in den alten Bun-

desländern im Verhältnis zum ersten Halbjahr 1995 um 2,9 Prozent gestiegen, die Kosten für Krankenhausbehandlung sind um 1,3 Prozent zurückgegangen, um 22 Prozent sind die Kosten für häusliche Pflege gestiegen, als Folge der Einsparungen im Krankenhaus, die zu so frühen Entlassungen führen, daß zu Hause Pflege organisiert werden muß.

Steiler Anstieg der häuslichen Pflege und ihrer Kosten

Ob das gut oder schlecht ist, hängt vom Einzelfall ab, festzuhalten ist, daß diese „Steigerung“ der Ausgaben in Wirklichkeit Einsparung ist. In den neuen Bundesländern sind die Leistungsausgaben im ersten Halbjahr 1996 insgesamt um 5,7 Prozent gestiegen im Vergleich zum gleichen Zeitraum 1995, wobei die pro-Kopf-Ausgaben 1995 deutlich niedriger waren als im alten Bundesgebiet. Die beitragspflichtigen Einnahmen stiegen hingegen nur um 1,4 Prozent (West) bzw. 1,9 Prozent (Ost). Durch die hohe Arbeitslosigkeit und die niedrigen Lohnabschlüsse wird die Finanzierung des Gesundheitswesens so schwierig, diese Probleme können auch nicht vom DGB mit dem Schlagwort Beitragssatzstabilität vom Tisch gewischt werden.

Hat denn nun der DGB wenigstens alternative Vorschläge für die Durchsetzung der Beitragssatzstabilität? Man sucht sie bisher leider vergeblich. Globalbudget, gesetzliches Verbot von Ausgabensteigerungen ist Seehofers Konzept, und der DGB findet das auch gut, weil er sich gegen die Anbieter aufhetzen läßt. Man müsse denen nur genauer auf die Finger schauen, damit sie nicht „Bedarf selber produzieren“ und mehr als nötig für die Patienten tun. Zu viele Patienten würden z.B. in Krankenhäuser eingewiesen und zu lange dort liegen. Das schmerzt die Beschäftigten in den Krankenhäusern, vom DGB zu hören, was sie von Seehofer kennen.

Gewerkschaftliche Diskussion um Anliegen der Versicherten nötig

Wenn im Dezember Aktionen zum Erhalt der solidarischen Krankenversicherung stattfinden, sollte es möglich sein, eine gewerkschaftliche Diskussion um die Weiterentwicklung des Gesundheitswesens zu beginnen, die sich weniger am Gesetzentwurf der SPD orientiert und mehr an den konkreten Anliegen der Versicherten, so daß die DGB-Positionen überprüft werden können.

(sul, AG Gesundheit bei PDS Hamburg)



Bonn, 6. November: Protest beim Besuch des türkischen Staatschefs Demirel. Foto: transparent.

Das Regime in der Türkei hat enge Verbindungen zur Mafia

Mafia-Boss und Polizeichef bei Autofahrt verunglückt

Vor kurzem wurde nach einer Schießerei zwischen türkischen Mafia-Bossen in Istanbul bekannt, daß der eine Mafia-Boss Leibwächter des Sohnes der damaligen türkischen Regierungschefin und heutigen Außenministerin Tansu Ciller bei sich hatte. Jetzt sind die Beziehungen des türkischen Regimes mit der Unterwelt erneut Gegenstand von Presseberichten. Das „Kurdistan-Informations-Zentrum“ berichtete am 5.11.:

„Am gestrigen Abend kamen bei einem Autounfall in der Nähe des Flughafens Bursa der Polizeichef Hüseyin Kocadag und der weltweit gesuchte Mafiaboss Abdullah Catli ums Leben. Ein weiterer Insasse, der berühmt-berüchtigte Dorf-schützer-Chef und Abgeordneter der DYP im türkischen Parlament, Sedat Bucak, wurde schwer verletzt. Auf Catlis Konto gehen unzählige nicht geklärte Verbrechen. So war Catli im Jahre 1978 als Chef der „Ülkü Ocakları“ (Idealistenverein, faschistische Vereinigung) bei der Ermordung von 7 Studierenden der Arbeiterpartei in Bahcelievler (Istanbul) beteiligt. Sein Name fiel auch im Zusammenhang mit der Flucht des Papst-Attentäters Mehmet Ali Agca aus dem Gefängnis und im Zusammenhang mit dem Attentat auf den Papst. 1984 floh Catli ins Ausland und wurde in Paris wegen Drogenhandel verhaftet. Später wurde er in die Schweiz überführt, aus der Schweiz floh er bereits nach einem Jahr. Seit Jahren wird er von Interpol gesucht. Trotzdem lebte er in der Türkei und verkehrte offensichtlich mit dem Polizeichef und Abgeordneten.

Warum nimmt der Staat diese Person in Schutz? Warum wird er nicht verhaftet? Nach dem Unfall wurde bei ihm sogar ein Diplomatenpaß und ein Polizeiausweis auf seinen Namen gefunden.

Es ist bekannt, daß der verunglückte Polizeichef Kocadag enge Freundschaft zum Innenminister Mehmet Agar pflegte. Er war während der Amtszeit von Mehmet Agar und des ehemaligen Poli-

zeipräsidenten Necdet Menzir ein wichtiges Rückgrat der Polizeiorganisation. Sedat Bucak, der den Unfall als einziger überlebte, ist wie schon erwähnt der wichtigste Dorf-schützerchef aus Siverek und Abgeordneter der Partei des Rechten Weges (DYP) im türkischen Parlament. (...) Diese Gruppe untersteht direkt dem Innenminister Mehmet Agar und erhielt ihre Anweisungen vom Berater des Polizeipräsidenten Korkut Eken. Die Mitglieder dieser Gruppe erhalten vom Polizeipräsidium Polizeiausweise und Diplomatenpässe. Bei ihren Drogen-„Geschäftsreisen“ nach Deutschland, Holland, Belgien, Ungarn und Aserbaidschan erhielten sie den Schutz des Chefs der Sondereinheiten des Polizeipräsidiums. (...)

Folgende Schlüssefolgerungen liegen nun vor: Dieser Staat ist voll im internationalen Drogenschmuggel tätig, um diese Krise, die er selbst verursacht, zu überwinden. Die Erklärung des britischen Außenministers, wonach 80% des Drogenhandels über die Türkei nach Europa abgewickelt werden, gewinnt somit an Bedeutung. (...) wie ist es denn zu erklären, daß eine derartige Bande sich problemlos in der Türkei organisieren und bewegen kann? Wenn man bedenkt, daß in Kurdistan und entlang der türkischen Grenze strengste Militärkontrollen durchgeführt werden, erscheint es fast unmöglich, daß dieser Handel über die Regionen Afghanistan, Iran und Kurdistan ohne Wissen des Staates abgewickelt werden kann. (...)

Am 5.11. schrieb der Präsident des türkischen Presserates, Oktay Eksi von der Tageszeitung *Hürriyet*: „Die Regierung der Türkischen Republik wurde bedauerlicherweise zu einer Institution un-funktioniert, die bis zum Halse in Mord-Drogenhandel-, Diebstahl- und Erpressungsangelegenheiten verwickelt ist.“

Das Regime bemüht sich jetzt um Schadensbegrenzung. Der Innenminister ist zurückgetreten ... (rül) Quelle: Kurdistan-Informationszentrum Köln

AKTUELL IN BONN

EU fördert Kriminalität

CDU-Kanzleramtsminister Bohl hat am 27.10. ein Schreckensbild der Kriminalitätsentwicklung gemalt: „Wir stehen vor einem Generalangriff der weltweit agierenden Mafia, vor allem der Drogen-Mafia“, warnte er in der Mainzer *Allgemeinen Zeitung* und forderte den raschen Ausbau von „Europol“. Der Anteil ausländischer Tatverdächtige steige ständig, behauptet er weiter. Der Europäische Rechnungshof in Luxemburg legte eine Woche später ein ganz anderes Ergebnis vor: Bis zu zehn Prozent der Haushaltssmittel der EU, so der Rechnungshof, verschwänden Jahr für Jahr in betrügerischen Geschäften bzw. landeten bei betrügerischen Geschäftsmachern aus der EU. Das sind 16 Milliarden DM pro Jahr! So seien Mittel aus den EU-Sozialfonds, die zur Armutsbekämpfung deklariert seien, von gut verdienenden Firmen für Angestelltenfortbildung verwendet worden. Mittel für „Filmförderung“ würden von betrügerischen Produktionsfirmen kassiert, Fabriken kassierten Förderungen, obwohl sie nicht in Betrieb ...

Abfallkriminalität: Regierung gibt Ländern schuld

Für die in letzter Zeit auch in der Presse berichteten Fälle von internationaler Abfallkriminalität sind nach Behauptung der Bundesregierung die Länder verantwortlich. Obwohl für die Überwachung von Importen und Exporten Bundesbehörden zuständig sind, behauptete die Bundesregierung, für die kürzlich aufgeflogenen illegalen Abfallexporte nach Ungarn und in den Libanon seien „Vollzugsdefizite“ in den Bundesländern schuld. Dort hätten Behörden die ihnen eingereichten Papiere geprüft, ohne die Angaben der Exportfirmen in den Firmen selbst zu prüfen. Die SPD verlangte dagegen, die Kontrollen zu verstärken. Sprecher der Grünen im Umweltausschuss des Bundestages kritisierten bei der Beratung der jüngsten Exportverbrechen auch die fehlenden Anreize zur Abfallvermeidung. Die jetzt geplante Kürzung von Haushaltssmitteln für die wissenschaftliche Forschung im Abfallbereich werde „kriminellen Machenschaften“ weiter Vorschub leisten. Die FDP fand diese Kritik „empörend“.

Ost-West-Transfer ohne Ende

Nach einem Zwischenbericht des „Bundesamts zur Regelung offener Vermögensfragen“ vom 7. November sind zwei Drittel der „Rückgabe“-Forderungen von Personen und Firmen im Westen an die jetzigen Nutzer und Eigentümer von Häusern, Grundstücken usw. in den neuen Bundesländern entschieden. Nur 42% der Anträge wurden abgewiesen. Für 1,6 Millionen Häuser und Grundstücke seien bereits Bescheide ergangen, von denen ca. 670.000 bei den ostdeutschen Nutzern verblieben – 1 Million sind wieder in Händen von „Alt-eigentümern“. Bei Firmen – hier werden 175.000 Firmen „zurück“-verlangt – sieht die Quote der Rückgaben ähnlich aus. Das Amt geht davon aus, daß die „Rückgabe“ von Eigentum an „Alt-Eigner oder deren Erben noch über das Jahr 2000 hinaus weitergehen wird.

Rentenbeitrag über 20%

Voraussichtlich am 21.11. wird sich das Bundeskabinett abschließend mit der Anhebung des Rentenversicherungsbeitrags zum 1.1.1997 befassen, hat der CSU-Sozialpolitiker Raumsauer am 7.11. mitgeteilt. Raumsauer rechnet da-

mit, daß der Rentenversicherungsbeitrag auf über 20% steigen werde. Derzeit liegt der Beitrag bei 19,2 Prozent. Die Arbeitgeberverbände protestieren energisch dagegen und verlangen, daß die Regierung Maßnahmen ergreift, um ein Ansteigen des Beitrags über 20 Prozent auf jeden Fall zu verhindern. Wie das geschehen soll, ist aber noch weitgehend ungeklärt. Zumal sich die Kapitalistenverbände und als ihre Sprecherin die FDP-„Sozialexpertin“ im Bundestag, Frau Gisela Babel, entschieden dagegen verfahren, daß z.B. geringfügige Beschäftigungen künftig beitragspflichtig werden. Nach Schätzungen der Gewerkschaften entgehen den Sozialversicherungen durch die Ausweitung solcher „geringfügigen Beschäftigungen“, durch Schwarzarbeit und Scheinselbständigkeit jährlich 15 bis 20 Milliarden DM Beitragseinnahmen.

AFG-Novelle bald in Kraft?

Am 7. November hat der Bundestag in 2. und 3. Lesung die neue Novelle des „Arbeitsförderungsgesetzes“ beraten und verabschiedet. Sofern nicht der Bundesrat noch einzelne Änderungen verhindern kann, treten dann u.a. in Kraft: eine neue Verschärfung der Zumindestbarkeitsregelungen, die den freien Fall von Arbeitslosen in die untersten Einkommenszonen herbeiführen wird; die Anhebung der Altersgrenze für verlängertes Arbeitslosengeld um weitere 3 Jahre, so daß künftig nur noch Arbeitslose kurz vor der Rente länger als ein Jahr Arbeitslosengeld erhalten; die neuere Reduzierung der ABM-Entlohnung von jetzt 90% auf dann 80% des Tarifeinkommens; die Senkung der Zuflüsse für ABM-Programme in den neuen Ländern von 100 auf 90 Prozent und vieles andere mehr. „Amerikanische Verhältnisse“ am Arbeitsmarkt, der rasche Absturz von Arbeitslosen in die Armutszone, werden so weiter verstärkt.

3.000 Mann nach Bosnien?

Noch im Dezember soll der Bundestag nach den Vorstellungen von Minister Rühe über die Entsendung von 3.000 Mann Bundeswehrinheiten nach Bosnien entscheiden. Im Unterschied zum bisherigen Einsatz, bei dem die Bundeswehrinheiten noch außerhalb Bosniens stationiert sind – vorwiegend bei dem kroatischen „Verbündeten“ Tudjman – will Rühe im nächsten Jahr auch Kampfeinheiten entsenden, die dieses Mal auch direkt in Bosnien zum Einsatz kommen sollen. Einen deutschen Oberbefehl für den Einsatz, wie Rühe noch vor kurzem gefordert hatte, verlangt er nun nicht mehr. Die Truppen sollen stattdessen zusammen mit französischen Einheiten im sog. „Südostsektor“ in Bosnien eingesetzt werden. Februar sei die Truppe marschbereit, so Rühe.

Was kommt demnächst?

Am 14.11. berät der Bundestag über Anträge der Opposition zur „Informationsgesellschaft“. Dann folgt eine Debatte um die von den Regierungsparteien geplanten Verschärfungen im Ausländerrecht, die diese nach der verbotenen kurdischen Friedensdemonstration im Frühjahr in Dortmund zwecks rässcherer Abschiebungen eingebracht hatten. Am nachmittag ist Debatte über die Finanzlage der Rentenversicherungen, abends über Anträge der Opposition zum Ausbau der OSZE. Am 15.11. geht es um Seehofers „Gesundheitsreform“. Am 19.12. berät dann der Bundesrat über diese „Gesundheitsreform“.

Erschießung von Wolfgang Grams

Eltern rufen Europäische Menschenrechtskommission an

Am 25. Oktober haben die Eltern von Wolfgang Grams Beschwerde gegen die Bundesrepublik Deutschland vor der Europäischen Menschenrechtskommission in Strasbourg erhoben. Ihre Anwälte erklärten dazu:

„Mit der Menschenrechtsbeschwerde wird die Ermordung von Wolfgang Grams durch GSG-9-Beamte am 27.6.1993 auf dem Bahnhof von Bad Kleinen gerügt.“

Nach Augenzeugenberichten wurde Wolfgang Grams durch einen aufgesetzten Schläferschuh von einem GSG-9-Beamten getötet, nachdem er bereits schwer verwundet und wehrlos im Gleisbett lag. In der Folgezeit trat Bundesinnenminister Seiters wegen dem Einsatz der GSG 9 in Bad Kleinen und der Erschießung von Wolfgang Grams zurück. Auch der Generalbundesanwalt von Stahl mußte wegen dieser Ereignisse seinen „Hut nehmen“.

Trotz der erdrückenden Beweise weigerten sich die zuständigen Staatsanwaltschaften durch alle Instanzen hindurch, Anklage gegen die beschuldigten GSG-9-Beamten zu erheben. Das Oberlandesgericht Rostock hat dieses Vorgehen der Staatsanwaltschaft bestätigt und auch das Bundesverfassungsgericht hat sich einer Prüfung dieses eklatanten Verstoßes gegen rechtsstaatliche Grundsätze verweigert und die hiergegen gerichtete Verfassungsbeschwerde nicht zur Entscheidung angenommen.

Nach Erschöpfung des innerstaatlichen Rechtsweges sind die Eltern von Wolfgang Grams nunmehr gezwungen, den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte mit der Erschießung ihres Sohnes durch GSG-9-Beamte und dem Ver sagen der deutschen Justiz zu befassen. Für die Rechtsanwälte Thomas Kieseritzki und Andreas Groß, Wiesbaden, 25.10.1996

Verdienstkreuz für Revanchisten

PDS-Abgeordnete gegen Verdienstkreuz für Hupka

Zur Verleihung des „Großen Verdienstkreuzes mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland“ an den Vertriebenenfunktionär Dr. Herbert Hupka erklärte die innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsgruppe, Ulla Jelpke, am 7. November:

Bundesinnenminister Kanther hat am 6.11. das Große Verdienstkreuz an den Vertriebenenfunktionär Dr. Herbert Hupka verliehen. Hupka ist Mitbegründer der Landsmannschaft Schlesien, seit 1968 deren Bundesvorsitzender und Vizepräsident des BdV, Autor der „Jungen Freiheit“ und Referent beim Wittenbund. Hupka verfolgte und verfolgt auch weiterhin eine revanchistische Politik: „Wir sagen es gern und wir tun es heute auch wieder, daß wir nach Schlesien unterwegs sind und bleiben. Wir wollen jedermann kund tun, daß wir um Schlesien ringen, daß wir von Schlesien nicht lassen“ (*Der Schlesier*, 17.7.1981).

Aus seiner Vision eines Großdeutschland, das weite Teile Polens, Rußlands und Tschechiens umfaßt, macht er kein Geheimnis. Im Gegenteil, seine großdeutschen Ambitionen geben die politische Marschroute vor: „Das Deutsche Reich existiert fort. Zu diesem Deut-

schen Reich gehört nach wie vor nicht nur Nord-, West- und Süddeutschland, sondern auch Mittel- und Ostdeutschland (...). Ostdeutschland umfaßt nicht nur Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße, also den heute unter polnischer und sowjetischer Herrschaft stehenden Teil des Deutschen Reiches, sondern auch das Sudetenland und die deutschen Siedlungsgebiete zwischen Ostsee und Schwarzen Meer“ (Hupka, zit. nach K. Hirsch: Rechts der Union, München 1989, S. 176). Hupka hat wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß er völkerrechtliche Verträge nicht anerkennt und „Unruhe entfachen“ (*Ostpreußensblatt*, 4.8.90) wird. Der Bundesregierung wirft er vor, daß sie die Oder-Neiße-Grenze als polnische Westgrenze anerkannt habe und bezeichnet die polnische Politik als „kriegerischen Akt“.

Mit der Verleihung des Großen Verdienstkreuzes wird eine Politik der Nichtanerkennung der europäischen Nachkriegsordnung und der zwei-plus-vier-Verträge offiziell gewürdigt und gefördert. Dies ist eine bedrohliche Gedanke gegenüber den osteuropäischen Nachbarstaaten und keineswegs ein Beitrag zur Versöhnung und Völkerstabilität. (PDS-Pressemeldung, 7.11.)

Wurzen & Umland nicht in Nazihand

Demonstration am 16.11., 14 Uhr ab Bahnhof Wurzen

Die Demonstration wird inzwischen von 65 Gruppen, Parteien, Bündnissen und Personen bundesweit unterstützt.

Sie wurde von drei Bundestagsabgeordneten – Annelie Buntenbach (B90/Grüne), Ulla Jelpke und Steffen Tippach (PDS) – sowie vom Bund der Antifaschisten Sachsen angemeldet. Der Wurzener SPD-Stadtrat Joachim Schulmeyer, Landtagsabgeordneter und designierter Generalsekretär seiner Landespartei fordert jetzt, diese Demo zu verbieten. Dazu Annelie Buntenbach: „Mit Empörung habe ich die Forderung des SPD-Landtagsabgeordneten Schulmeyers nach Verbot der von mir mitgetragenen Demonstration zur Kenntnis genommen. Es nutzt niemandem, wenn Herr Schulmeyer eine Eskalation herbeireden will. Weder ich noch der Vorbereitungskreis wollen die öffentliche Sicherheit in Wur-

zen beeinträchtigen.“

Das Versammlungsrecht gehört zu den grundlegenden BürgerInnenfreiheiten des Rechtsstaates und wird nicht durch Nützlichkeitserwägungen der Verwaltungen eingeschränkt.

Die Wurzener Stadtverwaltung und Polizei hat nach Ansicht des Vorbereitungskreises in der Vergangenheit schwerwiegende Fehler im Umgang mit der rechtsextremen Szene gemacht. Ich halte es für legitim und legal, wenn am 16. November diese Kritik auf der Versammlung geäußert wird.

Im Rahmen eines breiten Bündnisses und der Meinungspolarität sollen verschiedene Ansichten und Vorstellungen wie das Problem des Rechtsextremismus in Wurzen zu lösen sei, während der Demonstration dargestellt werden. Ich sehe ... keinerlei Anlaß, Ausschreitungen zu befürchten.“ (aus: Leipzigs Neue, 1.11.96)

Die Idee einer bedarfsoorientierten sozialen Grundsicherung zur wirksamen Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung steht von jeher im Mittelpunkt sozialpolitischer Reformüberlegungen der Grünen. Nun mehr hat die sozialpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion, Andrea Fischer, zusammen mit KollegInnen einiger Landtagsfraktionen ein neues Eckpunktekonzept zur Grundsicherung entwickelt und öffentlich vorgestellt, das in wesentlichen Fragen gravierend hinter den bisherigen Stand der konzeptionellen Diskussion innerhalb wie außerhalb der Partei, einschließlich der im Bundestagswahlprogramm 1994 formulierten Eckpunkte, zurückfällt.

Dies gilt besonders für folgende Fragen:

Bedarfsbemessung & Bestimmung des Niveaus der Grundsicherung

Einkommensarmut ist ein relativer Begriff, der materiell in Deutschland nicht definiert ist. Ein neues soziales Sicherungssystem gegen Einkommenarmut muß sich aber auf einen materiell definierten Armutsbegriff beziehen. Der rein statistische Armutsbegriff der EU-Kommission – weniger als 50% des durchschnittlichen verfügbaren Einkommens – löst dieses Problem ebenso wenig wie die Jahrzehntealten Hinweise aus der Sozialhilfepraxis, daß das Sozialhilfeneveau um etwa ein Drittel zu niedrig sei.

Bisher bestand daher Einigkeit, daß zur Bestimmung des Regelbedarfs für ein menschenwürdiges Leben eine fachlich plausible und nachvollziehbare Neubestimmung eines zeitgemäßen sozio-kulturellen Existenzminimums durch eine unabhängige Sachverständigenkommission erforderlich ist, über deren Vorschläge dann politisch zu entscheiden wäre. Auch für die gesellschaftliche Akzeptanz eines Grundsicherungsniveaus ist entscheidend, daß der Eindruck einer willkürlichen Setzung vermieden wird und begründbar ist, warum damit nicht mehr und nicht weniger als die Deckung des notwendigen Bedarfs erfolgt. Im neuen Diskussionspapier wird nun eine bündnisgrüne Armutsgrenze (!) „politisch gesetzt“:

Sozialhilfe (ohne die willkürlichen Realkürzungen der letzten Jahre) plus fünf Prozent = 750 DM zuzüglich pauschaliert Mietkosten.

Wer sich oberhalb dieser Grenze bewegt, ist per Definition nicht arm. Die zusätzlichen 5% (ca. 35 DM) gelten dabei als „Spielraum für ein eigenständiges Wirtschaften (!) und zur Bewältigung größerer (!) Ausgaben“. Dabei ist das für die Bestimmung der Grundpauschale von 750 DM zugrundeliegende tatsächliche Sozialhilfeneveau (Eckregelsatz plus einmalige Hilfen und Heizkosten) mit 664 DM erheblich niedriger kalkuliert als die reale Praxis in manchen Kommunen (z.B. Münster ca. 723 DM; Bielefeld ca. 738 DM).

Dennoch sollen in der Grundpauschale von 750 DM die Mehrbedarfsschläge für Alleinerziehende (derzeit 212 bis 319 DM) ausdrücklich enthalten sein, obwohl sie in die Berechnung des vermeintlichen „tatsächlichen Sozialhilfeneveau“ nicht eingehen.

Für haushaltsangehörige Kinder und Jugendliche sowie weitere Erwachsene soll die Grundpauschale einheitlich 60% des Betrags für Haushaltvorstände (450 DM) betragen. Nach BSHG liegen die Regelsätze für Kinder und Jugendliche zwischen 50 und 90% des Eckregelsatzes (266 bis 478 DM). Weitere Erwachsene erhalten 80% oder 425 DM, wobei der Abschlag von 20% die Ersparnis durch die gemeinsame Haus-



Aktionen gegen Armut und Sozialabbau. Links: „Montagsdemo“ in Köln, 27.10.96 (Foto: transparent). Rechts: Aktion der DPG in Essen am 20.9.93.

Bedarfsoorientierte soziale Grundsicherung – ein untauglicher Vorschlag entzweit die Bündnisgrünen

Von Daniel Kreutz, MdL von Bündnis 90/Die Grünen in NRW

haltsführung abbilden soll. Ein Längsschnittvergleich für eine Alleinerziehende mit Kind vom 1. bis 18. Lebensjahr ergibt ein Minus gegenüber dem BSHG von ca. 4.500 DM.

Eine Mehrbedarfspauschale für alte Menschen oder Erwerbsunfähige soll 80 DM (=10,7% der Grundpauschale) betragen. Nach BSHG beträgt der Mehrbedarf für Erwerbsunfähige sowie Ältere (die schon vor der Streichung des Altersbedarfs im Bezug waren) derzeit 106 DM (20% des Regelsatzes). In Verbindung damit, daß ein Ehepaar zusammen einen Anspruch auf 160% der Grundpauschale haben soll (gegenüber 180% BSHG-Regelsatz) ergeben sich auch hier Verschlechterungen gegenüber dem Sozialhilfeanspruch.

Die „Setzung“ des oben genannten Grundsicherungsniveaus wird mit ausdrücklicher Bezugnahme auf das Lohnabstandsproblem begründet. Eine konsequente Umsetzung des Bedarfsdeckungsprinzips des BSHG in der Grundsicherung sei nicht realistisch! Demgegenüber bestand bisher Konsens, daß eine Überschreitung unterer Erwerbseinkommen durch das Niveau einer bedarfsoorientierten Mindestsicherung als „alarmierendes Signal im Hinblick auf Lohnniveau, Lohnstruktur und Familienlastenausgleich zu deuten“ sei (Grundsicherungsmodell des PARITÄTISCHEN, 1992).

Verlagerung von Risiken auf die Hilfeberechtigten

Nach dem neuen Konzept sollen die Heizkosten, die je nach Art und Ausstattung der Wohnung erheblich differieren, nicht mehr zusammen mit der Miete in tatsächlicher Höhe übernommen werden, wie dies dem Anspruch nach auch im BSHG vorgesehen ist, sondern die Heizkosten sind aus der Grundpauschale für den Lebensunterhalt zu tragen. Auch die Miete soll nicht mehr in tatsächlicher Höhe (soweit angegeben) übernommen, sondern über eine Wohnkostenpauschale in Höhe der regionalen durchschnittlichen Bruttokaltmiete für alleinstehende Grundsicherungsberechtigte abgegolten wer-

den. Für jede weitere haushaltsangehörige Person beträgt diese Pauschale 60%. Übersteigt die tatsächliche Miete die Wohnkostenpauschale, soll nur die Hälfte der Mehrkosten als Wohnkostenzuschlag übernommen werden, während die andere Hälfte aus der Grundpauschale zu zahlen ist. Auf das Problem erheblich differenzierender Mieten selbst in ein und derselben Kommune wird kein Bezug genommen. Hier erhält der Hinweis auf die „Selbstverantwortung für die Wohnungskosten“ einen bitteren neoliberalen Beigeschmack.

Schutz gegen Armut – keine Aufgabe vorrangiger Sicherungssysteme?

Bisher war Konsens, daß die Mindestsockelung der Leistungen von Arbeitslosen- und Rentenversicherung Teil des Projekts Grundsicherung sein muß, um diese vorrangigen Sicherungssysteme in die Lage zu versetzen, ihre Versicherten vor Armut zu schützen und zugleich Doppelzuständigkeiten durch eine bürgernahme freundliche Leistungserbringung aus einer Hand zu abzulösen. Dieses Ziel soll nun gänzlich aufgegeben werden. Stattdessen sollen die Arbeitslosenhilfe gestrichen und die Hilfeberechtigten in die Zuständigkeit der Grundsicherung überführt werden. Damit würde die Aussteuerung von Langzeiterwerbslosen aus der Arbeitslosenversicherung vollendet.

Verteilungspolitische Mutlosigkeit

Zur Finanzierung sah das Bundestagswahlprogramm „zunächst Mehrausgaben in Höhe von 30 Mrd. DM vor. Das entspricht in etwa dem Betrag, den die derzeitige Bundesregierung in den letzten Jahren bei den sozial Schwächsten eingespart hat“.

Allein 1995 verzeichneten die an der Spitze der Gesellschaft konzentrierten privaten Netto-Geldvermögen einen Zuwachs von 341 Mrd. DM. Dennoch sollen für das Projekt Grundsicherung nach dem neuen Diskussionspapier nur noch 10 Mrd. DM zusätzlich aufgewandt werden.

Entlastung der Kommunen fraglich

Bisheriger Stand war, daß der Bund die Kosten der Grundsicherung zu tragen hat, weil er von allen politischen Ebenen am ehesten über Instrumente verfügt, um der Armutsentwicklung entgegenzuwirken, während die Kommunen am Ende der Fahnensäule von den Kosten der Armut erdrückt werden.

Das Finanzkonzept des neuen Papiers sieht jedoch für den Bund ausschließlich die 10 Mrd. Mehraufwendungen vor, die durch die Veränderung vom BSHG zur Grundsicherung entstehen sollen. Wie damit die Absichtserklärung einer „deutlichen Entlastung“ der Kommunen durch Neuauflistung der Gesamtkosten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden realisiert werden soll, bleibt im Dunkeln.

Fazit: Verwaltungsvereinfachung statt Schutz vor Armut

Im Ergebnis würde eine Umsetzung des neuen Grundsicherungspapiers in nicht wenigen Fällen zu teils gravierenden finanziellen Verschlechterungen sogar gegenüber dem bereits mehrfach demontierten BSHG führen, wenngleich sich andererseits auch (bescheidene) Verbesserungen ergeben. Die Einlösung des zentralen sozialreformerischen Versprechens der Grundsicherung, mit einem wirksamen Schutz vor Einkommensarmut ein menschenwürdiges Leben für alle zu gewährleisten, wird jedenfalls bei weitem verfehlt.

Im Vordergrund steht stattdessen die Vereinfachung der Verwaltung durch weitreichende Pauschalierungen. Bisher sollte diese zwar ein erwünschtes Ergebnis, nicht aber Ziel der Grundsicherung sein. Insgesamt muß die Inanspruchnahme der Bezeichnung „bedarfsoorientierte Grundsicherung“ für den Vorschlag von Fischer e.a. als Etikettenschwindel erscheinen.

Daniel Kreutz ist arbeits- und sozialpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Landtag von NRW

Zu der für Ende November angekündigten Unterzeichnung einer gemeinsamen deutsch-tschechischen „Schlußstrich“-Erklärung erschien in dem englischsprachigen Prager Informationsdienst „Postmark Praha“ vom 5. November 1996 der folgende Artikel, in dem die Haltung der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens dazu klargestellt wird.

Am letzten Freitag (1. November) benannte die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSCM) acht Prinzipien, die eine Erklärung von Seiten der tschechischen und der deutschen Regierung über die künftigen Beziehungen zwischen den beiden Ländern beinhalten muß, wenn die 22 kommunistischen Abgeordneten in der 200köpfigen Abgeordnetenkammer sie unterstützen sollen.

Fast zwei Jahre lang haben die tschechische und die deutsche Regierung geheim über den Inhalt einer gemeinsamen Erklärung verhandelt, in der die künftigen Beziehungen der beiden Länder festgeschrieben werden sollen.

Die Absicht der beiden Regierungen ist es, „einen Strich unter die Vergangenheit zu ziehen“ – leichter gesagt als getan angesichts des Mißtrauens, das in der Vergangenheit durch die von Expansionismus, militärischer Aggression und Hegemoniebestrebungen geprägte deutsche Politik geschaffen wurde.

Den Gipfpunkt bildete 1938 das Münchner Diktat, durch das Hitler von Seiten der britischen und der französischen Regierung grünes Licht erhielt, um den am 28. Oktober 1918 gegründeten unabhängigen Staat Tschechoslowakei zu zerstücken.

Die Aufgabe wurde auch kompliziert durch den Dilettantismus des post-sozialistischen Regimes in der Tschechoslowakei und seinen Nachfolgestaaten, der Tschechischen Republik (CR) und der Slowakei.

So entschuldigte sich beispielsweise Präsident Havel 1990 bei den Deutschen für die „schlechte Behandlung“, die sie durch die Hand von Tschechen erlebten. Weitere Beispiele sind der tschechisch-deutsche Vertrag von 1992, der von Havels Kollegen in der „Dissidentenbewegung“, dem damaligen Außenminister Jiri Dienstbier (der sich im übrigen bei den allgemeinen Wahlen 1992 und 1996 als nicht wählbar erwies), ausgehandelt wurde, und die Aufteilung der Tschechoslowakei in zwei kleinere Staaten – ein weiterer Triumph für die deutsche Politik der Balkanisierung Mittel- und Osteuropas.

Öffentlichkeit herstellen!

Durch die darin enthaltenen Zugeständnisse bestärkte der Vertrag von 1992 Bonn in seinem Glauben, daß die Tschechen jetzt von politischen Schwächlingen regiert werden, die im Gegensatz zu den kommunistisch geführten Regierungen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (CSSR) zum Zurückweichen überredet werden können.

Bonn verfolgt daher in den gegenwärtigen Verhandlungen eine harte Linie und versucht, weitere Konzessionen aus der tschechischen Seite herauszuquetzen.

Dies erklärt, warum die tschechische Regierung sich so hartnäckig weigert, den Inhalt der Verhandlungen oder die aktuelle Version des Erklärungsentwurfs bekanntzugeben – was von der KSCM jetzt in Tausenden von Flugblättern und Posters und auf Versammlungen im ganzen Land gefordert wird.

Gleichberechtigte nachbarliche Beziehungen!

Die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens zu den geplanten „Deutsch-tschechischen Erklärung“

Die tschechische Regierung wird darüber hinaus geschwächt durch ihre eigene Uneinigkeit über die Haltung gegenüber Deutschland und der EU. Während Außenminister Zieleniec eine pro-deutsche Haltung einnimmt und ein fester Unterstützer eines von Deutschland dominierten föderalen Europas ist, vertritt Premierminister Klaus bekanntlich eine Thatcheristische Position.

Klaus sieht in der EU-Mitgliedschaft nur einen Vorteil für die CR, wenn sie sich auf eine reine Freihandelszone beschränkt.

Diese grundlegende Auseinandersetzung führte im Sommer zum Ausbruch eines offenen Bürgerkrieges in der Partei, an deren Spitze Klaus als Vorsitzender und Zieleniec als sein Stellvertreter steht.

Dabei wurde Klaus' Leitung in einer ganzen Reihe von Fragen mit zunehmender Kritik konfrontiert.

In dieser Situation hat die KSCM ihre Kampagne für die Veröffentlichung der gemeinsamen Erklärung verstärkt, damit die tschechische Öffentlichkeit ihre Meinung äußern kann, bevor die Erklärung dem Parlament zur Ratifizierung zugeleitet wird – was wahrscheinlich im Dezember der Fall sein wird, wenn die Wahlen zum Senat, dem Ober-

haus des tschechischen Parlaments, gut überstanden sind.

Die jüngste Aktivität im Rahmen der Kampagne der Partei bestand darin, daß der Vorsitzende Miroslav Grebenicek am letzten Freitag die acht Prinzipien benannte, ohne die die kommunistischen Abgeordneten die Erklärung nicht unterstützen werden.

Acht Prinzipien

Diese Prinzipien wurden in der kommunistischen Tageszeitung *Halo noviny* veröffentlicht:

1 Nachbarliche Beziehungen zwischen den beiden Ländern müssen auf der Basis gegenseitiger Zusammenarbeit gefördert und entwickelt werden. Es gibt nichts in den Interessen der Völker und Nationen der beiden Länder, das dem im Wege stehen würde.

2 Die gegenseitigen Beziehungen müssen auf stetiger Achtung der Prinzipien der absoluten Gleichheit und Gleichberechtigung, der Souveränität, der territorialen Integrität und der Unverletzlichkeit der Grenzen, des gegenseitigen Verständnisses, des Respekts und der Toleranz, der

Achtung der Prinzipien der Demokratie und der Menschenrechte sowie der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen Landes basieren.

3 Die Geschichte läßt sich nicht ändern oder revidieren. Unveränderte historische Realität und Ausgangspunkt der Nachkriegsentwicklung war und ist der Sieg der antifaschistischen Koalition über Hitler-Deutschland und die politischen und rechtlichen Folgen dieses Sieges.

4 Beide Länder anerkennen die Nichtigkeit des Münchner Diktats von Anfang an und die Unwiderruflichkeit der historischen Lösung der Frage der deutschen Bevölkerung der früheren CSR durch ihren Transfer (auf deutsches Gebiet), wie es von den Siegermächten entschieden wurde. Die Exzesse des sog. „wilden Transfers“ (in dessen Verlauf Sudetendeutsche von wütenden Tschechen als Vergeltung für ihre Aktivitäten als Fünfte Kolonne der Nazis vor und während der deutschen Okkupation geschlagen und sogar getötet wurden) wurden bereits von Präsident Benesch verurteilt und können nicht als Vorwand zur Umwertung der Nachkriegsregierung dienen.

5 Deutschland muß unverzüglich seine Verantwortlichkeit für die Entschädigung aller Nazi-Opfer, die in der CR leben, anerkennen.

6 Bürger der CR müssen die Sicherheit haben, daß ihre Eigentumsrechte in keiner Weise durch Forderungen von deutscher Seite in Frage gestellt werden und daß von dieser Seite keine Forderungen nach Einführung von Sonderbedingungen gestellt werden, die es den Sudetendeutschen erlauben würden, die tschechische Staatsbürgerschaft zu erlangen oder sich in der CR niederzulassen, abgesehen von den Regelungen, die bereits für andere Staaten gelten.

7 Die Benesch-Dekrete (die die Umsiedlung der Sudetendeutschen 1945 und die Konfiskation des Eigentums sudetendeutscher Nazi-Kollaborateure autorisierten) bilden einen untrennbar Teil der Nachkriegsordnung der CR und ihre Gültigkeit kann weder heute noch in der Zukunft in Frage gestellt werden.

8 Um die Schwierigkeiten der Vergangenheit zu überwinden, müssen die gegenseitigen Beziehungen von allen Erscheinungsformen und Überresten von Intoleranz und Privilegien gereinigt und stattdessen gegründet werden auf Achtung, Respekt und Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen. Die Beziehungen zwischen den Völkern beider Länder müssen so gestaltet werden, wie es für die Beziehungen zwischen den Bürgern benachbarter souveräner Staaten mit vollen juristischen Rechten üblich ist.

Sechstausend Demonstranten forderten in Prag: Löst die NATO auf!

Aus Anlaß des 78. Jahrestages der Gründung der inzwischen wieder entzweigerissenen Tschechoslowakischen Republik, versammelten sich auf dem Prager Altstadtring 6.000 Demonstranten.

Einstimmig nahmen sie eine Resolution gegen den Eintritt der Tschechischen Republik in die NATO an, die an den tschechischen Präsidenten, den Vorsitzenden des Parlaments und den Premierminister adressiert war.

Mit dem Eintritt in die NATO würde die CR einen großen Teil ihrer Souveränität verlieren, warnt die Resolution. Unser Land würde genötigt, seine Außenpolitik fremden Machtinteressen zu unterstellen. Aufgrund der Entscheidung der NATO-Befehlshaber könnten auf unserem Gebiet fremde Soldaten und Vernichtungswaffen stationiert und die Armee der CR in kriegerischen Konflikten in verschiedenen Erdteilen missbraucht werden. Der Eintritt in die NATO würde die Bürger der CR darüber hinaus teuer zu stehen kommen – voraussichtlich wird es sich um Hundertmilliarden Kronen handeln. Deswegen verlangten die Demonstranten:

- die Auflösung der NATO als Überbleibsel des kalten Krieges nach dem Ende des Warschauer Paktes, wie es auch Präsident Vaclav Havel früher gefordert hat.
- eine ausgewogene, gegen die Grün-

dung von Militärblocks gerichtete Außenpolitik der CR und ihre Orientierung auf den Aufbau eines effektiven Systems kollektiver Sicherheit im Rahmen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).

- die Verhinderung des Mißbrauchs der Organisation der Vereinten Nationen durch die NATO-Staaten zur Durchsetzung ihrer eigenen Einzel- oder Gruppeninteressen.

- eine aktive Friedenspolitik der Regierung, Unterstützung der Friedensinitiativen mit dem Ziel der Abrüstung und des Verbots von Vernichtungswaffen. Auf dem Gebiet unseres Staates dürfen keine fremden Soldaten und Atomwaffen stationiert werden.

- Die Bürger der CR müssen über alle Verpflichtungen und Folgen des geplanten Eintritts in die NATO voll informiert werden. Über den Eintritt in die NATO zu entscheiden, ist nicht das Sonderrecht von Politikern, die immer mehr das Vertrauen der Bürger verlieren, sondern das unveräußerliche Recht jedes Bürgers durch ein Referendum.

Sämtliche Zugeständnisse gegenüber den Ansprüchen Deutschlands, die Folgen des 2. Weltkriegs zu revidieren und die Dekrete des Präsidenten Benes zu annulieren, beurteilen wir als Landesverrat.

Vera Picková, Prag

Übersetzung, Überschrift und Zwischenüberschriften: KAZ

US-Wahlen: Im Westen nichts Neues

Aber eine Gewerkschaftskampagne gegen schlimmste Arbeitfeinde hatte Erfolge

Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in den USA am 5. November haben keine großen Überraschungen gebracht und im wesentlichen den Status Quo erhalten: Präsident Clinton wurde, wie erwartet, wieder gewählt, und die Republikanische Partei hat die Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses behalten.

Clinton erhielt 49% der Stimmen, Dole 41% und Perot 8% (Infolge des Mehrheitswahlrechts ist Clintons Mehrheit im Wahlmännerkollegium, das letztendlich den Präsidenten wählt, viel höher: 379:159.) In der letzten Präsidentschaftswahl erhielt Clinton 43%, Bush 37% und Perot 19%.

Clinton verdankt seinen Wahlsieg den weiblichen Wählern (52% der Wähler, davon 54% für Clinton), Katholiken (29% der Wähler, 53% für Clinton), Gewerkschaftsmitgliedern und ihren Angehörigen (23% der Wähler, 59% für Clinton) und den Afroamerikanern und Wählern mexikanischer Abstammung (15% der Wähler, 84% bzw. 70% für Clinton). Männliche Wähler, insbesondere weiße Männer, sowie weiße Protestanten (47% der Wähler) stimmten mehrheitlich für Dole. Interessant ist auch die lineare Relation zwischen Familieneinkommen und Prozent-Stimmen für Clinton oder Dole: von der niedrigsten Einkommensgruppe bis zur höchsten sinkt Clintons Anteil von 60% auf 40%, während Dole umgekehrt von 26% auf 54% steigt. Nicht daß Clinton sich besondere Verdienste um die niedrigstbezahlten Werktäglichen gemacht hätte - im Gegenteil. Aber von Dole erwarteten sie sich offensichtlich noch schlimmeres.

In den Kongresswahlen hat die Demokratische Partei nicht ihr Ziel erreicht, die Mehrheit im Repräsentantenhaus zurückzugewinnen, die sie 1994 verloren hatte. Auf eine Mehrheit im Senat hatten sie sich nie Hoffnung gemacht. Sie gewannen 10 Sitze im Repräsentantenhaus dazu, sind aber immer noch mit 207 zu 227 Sitzen in der Minderheit. Die Wählerschichten, die vorwiegend für Kandidaten der Demokratischen oder Republikanischen Partei stimmten, sind die gleichen wie für Clinton und Dole.

Hervorstechend an der diesjährigen Wahl ist die niedrige Wahlbeteiligung - die niedrigste seit 1924. Je niedriger die Wahlbeteiligung, um so bedeutender ist das Gewicht derjenigen Gruppen, die ihre Anhänger zu den Wahlurnen mobilisieren.

Die religiöse Rechte (Christian Coalition) konnte, wie vor zwei Jahren, ihre Anhänger mobilisieren und so die erwarteten, weit schlimmeren Verluste der Republikanischen Partei verhindern. Auffällig war aber, daß Dole sich die religiöse Rechte auf Armeslänge hielte und keine von deren Schlachtrufen wie Verbot der Abtreibung und Einführung des Schulgebets (Aufhebung der Trennung von Staat und Kirche) aufgriff.

Auffällig war auch, daß Newt Gingrich für die letzten vier Monate vor der Wahl von seiner eigenen Partei einen Maulkorb verpaßt bekommen hatte. Meinungsumfragen hatten nämlich übereinstimmend gezeigt, daß Gingrich's wütende Angriffe auf das sozial-

le Netz wenig Gegenliebe beim Volk fand.

Demokratische Kandidaten auf allen politischen Ebenen basierten ihre Kampagne darauf, ihre Gegner als Gingrich-Clones zu brandmarken. Weitere giftige Worte von Newt, so mußten die Wahlkampfstrategen fürchten, würden Wähler zu den Urnen und zu den Demokraten treiben, die sonst infolge eines gähnend langweiligen Wahlkampfes zu Hause bleiben würden.

Neu war dieses Jahr, daß auf der anderen Seite zum ersten Mal seit Jahren die Gewerkschaften massiv in den Wahlkampf eingestiegen sind. Die neue AFL/CIO-Gewerkschaftsführung unter Seinen hatte im August beschlossen, 35 Millionen Dollar zur Bekämpfung der schlimmsten arbeiterfeindlichen Abgeordneten aus der Gingrich-Bande bereitzustellen und selektiv solche Kandidaten zu unterstützen, die die Ziele des AFL/CIO vertraten. Weil „nur“ 17 Abgeordnete, die auf der „Abschlußliste“ standen, die Wahl verloren und die meisten der mit Gingrich's „Revolution“ 1994 frisch ins Parlament gekommenen Arbeiterfeinde wieder gewählt wurden, versuchen nun die Republikanischen Parteistrategen und reaktionäre Kommentatoren, die gewerkschaftliche Kampagne als eine Fehlinvestition darzustellen.

Andere Kommentatoren vertreten, daß es eine Kampagne gegen Bedeutungslosigkeit (der Gewerkschaften) gewesen sei, und daß es in der Tat den Gewerkschaften gelungen sei, ihre Themen - Medicare (Krankenversicherung), Erziehung, Umwelt und Rentensicherheit - zu den wesentlichen Themen des Wahlkampfs zu machen.

Das ist schon eine gewisse Leistung, denn keiner der beiden Kandidaten hatte irgend etwas mit den wirklichen Problemen der arbeitenden Bevölkerung im Sinn.

Es ist den Gewerkschaften auch gelungen, ihre Anhänger zu den Wahlurnen zu bringen: Gewerkschaftsmitglieder und ihre Familienangehörigen machten 23% der Wählenden aus gegenüber 14% bei der letzten Wahl 1994.

Ein anderer Trend der letzten Jahre hat sich in dieser Wahl fortgesetzt und hat wahrscheinlich zu der niedrigen Wahlbeteiligung beigetragen: Keiner der Kandidaten hat sich auch nur den Anschein gegeben, Interessen der untersten Arbeiterschichten zu vertreten. Dole faselte immer nur von Ehre und Vertrauen und der Wiedererrichtung der Werte der Zweiten-Weltkriegs-Generation. Clinton redete viel von den „Issues“, den Themen, aber einerseits machte er nie irgendwelche konkreten Vorschläge und andererseits sprach er immer nur von der „Mittelklasse“, deren Interessen er vertreten wolle. Mit Mittelklasse meinte er den oberen Teil der tiefgespaltenen Lohnverteilung der US-amerikanischen Lohnabhängigen.

Keine der großen Parteien und auch Perot's Reformpartei kümmert sich um die unteren Lohnschichten, weil diese nicht zur Wahl gehen, und sie gehen nicht wählen, weil ihre Interessen sowieso nicht vertreten werden. Praktisch haben diese Schichten ihr Wahlrecht verloren.

(her, ger)

Kroatien trotz Menschenrechtsverletzung im Europarat

Die Aufnahme Kroatiens in den Europarat hat massive Proteste ausgelöst. Während der kroatische Außenminister Mate Granic am Mittwoch letzter Woche in Straßburg die europäische Menschenrechtskonvention unterzeichnete, demonstrierten Journalisten vor dem Gebäude gegen Einschränkungen der Pressefreiheit in Kroatien.

Weitere Menschenrechtsverletzungen gibt es gegenüber den Serben, die noch in Kroatien geblieben sind oder wieder zurückkehren wollen. Nach Aussagen des Sprechers des UN-Flüchtlingskommissariats UNHCR, Redmond, gibt es in Kroatien Geheimlisten, nach denen gezielt Serben aufgegriffen und verschleppt werden. Die Anschuldigungen des UNHCR knüpfen an ähnliche an, die das Internationale Komitee des Roten Kreuzes nun veröffentlichte. Eine Untersuchungskommission des Roten Kreuzes prüft in der Krajina das Verhalten der Verwaltung gegenüber den etwa 3.500 in kleinen Dörfern lebenden Serben. Diese Menschen sind besonders verletzbar, denn sie leben nicht nur unter schrecklichen Bedingungen, sondern viele sind Opfer ständiger Angriffe und Mißhandlungen.

Bosnische Soldaten zur Ausbildung in der Türkei

In der Türkei treffen regelmäßig Truppen der bosnisch-kroatischen Armee ein, um dort militärisch ausgebildet zu werden. Bekannt ist bisher, das ausschließlich muslimische Offiziere in der Türkei geschult werden. Die Ausbildung bosnischer Offiziere in der Türkei findet im Rahmen des Programms zur Stärkung der bosnischen Armee statt, das in dem Vertrag von Dayton festgelegt wurde. Die Türkei hat bereits 2 Mio. Dollar für die Ausbildung der Offiziere aus Bosnien abgezweigt, welche im Mai dieses Jahres begann. Islamische Länder haben bisher etwa 200 Mio. Dollar gezahlt. In den USA scheint es aber zum Teil Widerspruch gegen einen zu starken iranischen Einfluß auf die bosnische Armee zu geben. So stoppte die amerikanische Regierung eine Waffenlieferung im Wert von 150 Mio. Dollar und forderte von der bosnischen Regierung die Entlassung eines Ministers, der enge Kontakte zur iranischen Regierung unterhält. Nach einem Zaudern hat sich die Izetbegovic-Regierung dazu bereit erklärt und verstärkt nun massiv ihr Militärpotential.



Revolutionfeiern in Moskau

Anlässlich der Erinnerung an den Beginn der Oktoberrevolution gingen am 7. November Tausende auf die Straße. Aufgerufen hatten zu den Demonstrationen die Kommunistische Partei Russlands und verschiedene andere linke Organisationen. Die Regierung versuchte, den Tag der Revolutionfeiern inzwischen umzumünzen und hat diesen traditionellen Feiertag in Russland zum Tag der Einheit erklärt. Noch aus der Intensivstation ließ Russlands Präsident

Jelzin dieses Dekret verkünden. Offenbar traut er seinen Ministerialstab sehr wenig. Denn kurz nach der Operation hat er sämtliche Befehlsgewalt wieder auf sich übertragen. Zudem traut er auch sicher nicht der zugesetzten Situation im Land.

Denn seit dem 5. November demonstrieren und streiken einige Millionen Bürger in Russland. Die Gewerkschaften als Organisatoren der Kundgebungen sprachen von 15 Mio. Teilnehmern. Allein vor dem Kreml in Moskau versammelten sich etwa 100.000 Menschen. Nach Gewerkschaftsangaben nahmen in 76 Gebietseinheiten Arbeiter an den Demonstrationen teil. Insgesamt setzten 71 Minen in ganz Russland ihre Arbeit aus. „Nein zur Massenarbeitslosigkeit“ und „zahlt unsere Gehälter“ war auf den Plakaten zu lesen.

Streiks in Spanien

Mehr als zwei Millionen Spanierinnen und Spanier sind dieser Tage aufgerufen, zeitweise die Arbeit niederzulegen. Am 6. November streikten in ganz Spanien die Angestellten des Bildungswesens, der Post sowie der lokalen Verwaltungen. Bereits am Tag vorher waren in Madrid die spanischen Regierungsangestellten auf der Straße. Auch die Beschäftigten im Justizapparat schlossen sich den Warnstreiks an.

Obwohl die Gewerkschaften verkünden, die Aznar-Administration schränke mit ihrem Kurs die Lebensqualität aller ein, mobilisiert sie bisher nur die Staatsbediensteten. Für die Gewerkschaften ist dieses Mittel auch nur die allerletzte Möglichkeit, man favorisiert eine Verhandlungslösung.

Intern gibt es dazu durchaus kritische Töne - zumindest aus den Comisiones Obreras (CC.OO.): „Angesichts einer beängstigenden antisozialen Revanche der Kapitalistenklasse, ja eines historischen Schlags gegen die Arbeiter“, so Agustín Moreno vom Exekutivkomitee der Gewerkschaft, „fehlt eine angemessene Antwort“. Laut Moreno, Vertreter der kommunistischen Minderheit in der CC.OO., mobilisiert seine Organisation die Basis viel zu selten und schiebt zu sehr auf den Dialog mit Unternehmern und Regierung. Vor allem sei es ein Widerspruch, so Moreno, gegen restriktive Kürzungspolitik und wachsende Arbeitslosenzahlen auf die Straße zu gehen und sich gleichzeitig für Europas Währungsunion zu begeistern: „Einzig sinnvolle Alternative ist die Anprangierung des neoliberalen Maastricht-Projektes und der Kampf für ein ganz anderes Modell europäischen Zusammenwachsens.“

Schwere Schäden in Kuba: Solidaritätsaufruf

Der Hurrikan „Lili“ hat am 18. Oktober 1996 weit gewaltigere Schäden in Kuba verursacht, als in den deutschen Medien berichtet wurde. Die wirtschaftlichen und sozialen Infrastrukturen des Landes erlitten in verschiedenen Provinzen starke Schädigungen, so daß allein über 50.000 Wohnungen völlig zerstört und 79.000 beschädigt wurden. Der Hurrikan richtete schwere Schäden an in Trinkwasserreservoirs, in der Stromversorgung, in den Zucker- und Bananenplantagen sowie im Reis und Kaffeearbau.

Hilfe ist dringend erforderlich! Zur Beschaffung dringend benötigter Materialien für den Aufbau bittet die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. um Spenden auf das Spendenscheckkonto 307984-507, Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Stichwort: Hurrikan-Soforthilfe. (Zusammenstellung: hav)

Natürlich wußte von den fünf ständigen Mitgliedern im UN-Sicherheitsrat angeblich niemand, wieso es jetzt schon wieder in Zaire kracht. Alle waren hell entrüstet und weinten Krokodilstränen ob der erneuten menschlichen Tragödie, die sich in Zaire/Rwanda abspielt. Hunderttausende befinden sich auf der Flucht, unter ihnen verbergen sich etliche des Massenmords Beschuldigte, die 1994 aus Rwanda nach Zaire eskortiert wurden. Niemand verkennt das Elend der Ärmsten der Armen - doch diese Entwicklung war voraussehbar - das beleben Dokumente (vgl. Dokument 1).

Fällt auch anderen, z.B. den NGO's, nichts Besseres mehr ein, als nach militärischer Intervention zu rufen, wie es hier jedenfalls berichtet wird? Schnell sind sogar die politisch offenbar naiven Helfer wie z.B. „médecins sans frontières“ dabei, eine militärische Intervention zu fordern - wobei sie die französische Armee allerdings ausdrücklich ausnehmen. Hierauf spekuliert gerade die französische Armee, legitimiert durch internationale Anforderungen ihre Interessen vor Ort zu sichern. Waffenlieferungen und politische Einflussnahme in Zaire waren schon lange vorhanden ...

Erstens war es bereits durch den unter dem Schutz der französischen Armee 1994 aus Rwanda erfolgten Abzug der Hutu-Anhänger zu einem neuen Rekrutierungsfeldzug im Osten Zaires gekommen; Waffen waren mitgenommen worden, Massenmörder wurden nicht an Rwanda ausgeliefert, Zaires Mobutu konnte sich - erneut, wie zuvor bei den Kämpfen in Angola - als Schlüsselmacht in Zentralafrika aufspielen. Und

Imperialistische Rivalitäten um die Kontrolle Zaires, Ruandas ...

Frankreich wartete auf eine neue Chance, sich verlorenen Einfluß zurückzuerobern. Dies alles ist schon 1994 analysiert worden, vgl. z.B. „Blätter des Informationszentrums Dritte Welt“ Nr. 198 und Nr. 200: „In höherem Grad schuldig sind Frankreich und Belgien, die Rwanda militärisch aufgerüstet haben, sowie die Regierung von Zaire, die das Regime in Rwanda mit Truppen unterstützt.“ Aber auch schon damals war die Begriffslosigkeit groß.

Anfang April 1994 war in Rwanda ein Flugzeug abgeschossen worden. Davon getroffen wurde der Präsident des Landes sowie derjenige von Burundi. Dieses vermutliche Attentat war der damalige Auslöser für die mörderische Konfrontation in Rwanda - fälschlicherweise als Krieg zweiter Ethnien dargestellt. Tatsächlich existieren in Rwanda - wie in anderen ehem. Kolonien auch - von den ehemaligen Kolonialmächten eingesetzte Herrschaftsstrukturen; Belgien und Frankreich sind hier konkret als deren Hauptnutznießer zu nennen.

Bislang wird noch spekuliert, wer die Präsidentenmaschine im April 1994 abgeschossen haben kann. Das soll uns hier nicht beschäftigen. Kaum in Frage steht jedoch, daß die bis dahin bestehende

Albert Muhingi und vier weitere Männer, die im Anschluß an ihre Verhaftung um den 16.9.96 herum „verschwunden“ sind. Zeugen aus dem Dorf Luhonga im Verwaltungsbezirk Masisi in der Region Nord-Kivu (vgl. Karte) berichteten, Soldaten einer Fallschirmjägerinheit der zairischen Streitkräfte gesehen zu haben, wie sie die sechs Männer festnahmen, die gerade auf dem Weg von ihrem Heimatdorf nach Kitshanga waren, um Waren in Goma, der Hauptstadt der Region Nord-Kivu, zu verkaufen. Die Behörden weigerten sich, den Aufenthaltsort der Inhaftierten deren Familienangehörigen bekanntzugeben.

Kisinyabo Kambere, ein junger Mann aus dem Bezirk Masisi, ist Berichten zu folge am 21.9.96 von Angehörigen des

sisi eingesetzt wurden, waren dort zu Plünderungen, Erpressungen sowie schweren Menschenrechtsverletzungen wie staatlichem Mord, Folter und willkürlicher Festnahme beteiligt.

Weiter: am 10.9.96 wurde der Farmer Shabahanga Muongo von Gendarmen in Sake im Bezirk Masisi in Gewahrsam genommen und später in ein SARM-Lager gebracht, wo er mit einem glühenden Eisen gefoltert wurde. Man hat ihn am darauffolgenden Tag freigelassen und er berichtete, daß dort zwei anderen Häftlingen an den Folgen einer ähnlichen Foltermethode gestorben sind. Soweit Amnesty.

Wenn amnesty international hier von „drohenden massiven Menschenrechtsverletzungen“ klagte, dann wohl nicht

Zaire: Niemand ist verantwortlich?

Die „Hilfstruppen“ aus dem Westen werden von Regierungen geschickt, die in Wirklichkeit den Konflikt in Zaire angeheizt und selbst wesentlich mit herbeigeführt haben.

hende Regierung in Rwanda grausam gewütet hat, um ihre Existenz zu sichern. Ebenso außer Frage steht auch, daß die damalige Regierung sich mit ihrer militärischen Fraktion nach Zaire abgesetzt hat und dort mit Billigung des Präsidenten von Zaire, Mobutu, den weiteren Kampf um die Rückkehr an die Macht plante.

Zweitens hat die derzeitige Eskalation auch nur sekundär etwas mit Rwanda zu tun. Denn Auslöser der Konfliktlage ist allein die zairische Regierung, die einer ethnischen Gruppe in Ost-Zaire die Bürgerrechte abgesprochen hatte und seitdem ihre Vertreibung vorbereitete.

So berichtete amnesty international schon am 2.10.96 über Kabuku Makule,

Militärgeheimdienstes „Service d'actions et de renseignements militaires“ (SARM) verhaftet worden. Gemäß den zairischen Gesetzen müßten die Sicherheitskräfte alle von ihnen festgenommenen Personen innerhalb von 48 Stunden den Justizbehörden übergeben. Niemand darf länger als zwei Tage in den Haftanstalten des Militärs festgehalten werden.

Kämpfe zwischen bewaffneten Angehörigen verschiedener ethnischer Volksgruppen, insbesondere im Bezirk Masisi in der Region Nord-Kivu, haben dazu geführt, daß sehr viele Regierungstruppen in diesen Landesteil verlegt wurden, um dort die Ruhe wiederherzustellen. Zairische Soldaten, die zur „Eindämmung“ der Unruhen in Ma-

um die Situation zu verharmlosen: „Der stellvertretende Gouverneur der Region Süd-Kivu gab am 8.10.96 bekannt, daß sich alle in der Region lebenden Tutsi innerhalb einer Woche in provisorischen Lagern einzufinden hätten. amnesty befürchtet, daß es deshalb zu Massenverhaftungen, schweren Mißhandlungen, Fällen von „Verschwindenlassen“ oder Tötungen kommen wird, denen jeder, der das Aussehen eines Tutsi hat, zum Opfer fallen könnte. In Bukavu, der Hauptstadt der Region, wurden Straßensperren errichtet, und Zivilisten anderer Volksgruppen machten Jagd auf mutmaßliche Tutsi, die dann den Sicherheitskräften übergeben wurden. Am 10.10.96 wurde der britische Journalist Matthew Bigg, der



Dokumente

Dokument 1:

Meldung vom 21.10.96 (IPS, London)
„Internationale Menschenrechtsorganisationen haben die britische Regierung aufgefordert, Druck auf die Regierung in Zaire auszuüben, damit Maßnahmen zum Schutz vor Menschenrechtsverletzungen in dem afrikanischen Land eingeleitet werden. Zeitgleich zum Besuch des Ministerpräsidenten Kengo wa Dondo in London hatte die zairische Armee sich dreitägige Gefechte mit den Banyamulenge geliefert. Das Regime in Zaire solle, so die Beobachtungsgruppe, die Verfolgung der Banyamulenge stoppen, sagte AI-Sprecher Godfrey Byaruhanga.“

Seit Jahresbeginn wurden durch die Hutu-Organisation Anti-Banyamulenge-Attacken durchgeführt, die sich der Unterstützung der zairischen Armee sicher waren. Mehr als 100 Banyamulenge wurden dabei im letzten Monat getötet. In einer Gegenattacke ... wurde ein Krankenhaus angegriffen, in dem sich Hutus befanden, die an der Attacke gegen die Banyamulenge beteiligt waren.

Die Armee hatte Tutsi eingekreist und zur Flucht nach Burundi und Rwanda

gezwungen. Die Banjamulenge waren 1885 nach Zaire gekommen. Seit 1981 wurden ihre Rechte immer wieder durch die Regierung in Kinshasa infragegestellt. Oxfam, eine Hilfsorganisation, stellt fest, daß die Sicherheit ihrer MitarbeiterInnen das größte Problem sei. „Wir können der britischen Regierung nicht vorschreiben, was sie tun soll, aber wenn sie was tun will, muß sie die zairische Regierung zwingen, die Situation zu stabilisieren.“

Dokument 2:

Sonderbericht der UN-Menschenrechtskommission durch den Chilenen Roberto Garretón, 29.1.96 (Auszüge)

„Es gibt - im Vergleich zum Bericht vom 19.12.94 - keinen Fortschritt in folgenden Bereichen: (keine) effektive Kontrolle über den Sicherheitsapparat, (kein) Ende des unkontrollierten Vorgehens der Militärs, Begrenzung der Macht des Marshall Mobutus, Unterzeichnung der Anti-Folter-Konvention, keine Zusammenarbeit mit internationalem Kommissionen (...).“

Insbesondere Mobutus absolute Macht existiert nach wie vor; er kontrolliert die Administration der Regionen und die Nationalbank, seine Vertreter bilden die Mehrheit im Übergangs-

parlament, die Sicherheitskräfte folgen seinen Anordnungen (...).

Die Menschenrechte unterliegen der Willkür der Militärs, Plünderungen, Folter, unmenschliche Behandlungen und Diskriminierungen. Vergewaltigungen gefangener Frauen oder von Opfern von Plünderungen wurden nicht beendet; öffentliche Demonstrationen werden willkürlich verfolgt, der Staat schützt diese Maßnahmen. Es gibt keine Freiheit der Berichterstattung in Radio und Fernsehen; die Haftbedingungen haben sich nicht verbessert. Zahlreiche ernsthafte ethnische Konflikte und regionale Gewalttätigkeiten - wie seit 1992 in Shaba - halten unvermindert an. (...) Es ist erforderlich, in Zaire durch Einsatz der internationalen Diplomatie den Horror von Rwanda und Burundi zu verhindern. Diese muß auch wachsam sein angesichts der andauern den „Übergangsperiode“ und der anhaltenden Verletzungen der Menschenrechte ...“

Dokument 3:

Ein deutsches Verwaltungsgerichts-Urteil zu Zaire vom 20.3.1996

„Das Gericht kann (aus den Erkenntnismitteln) nicht entnehmen, daß jedem Einwohner Zaires gegenwärtig eine

konkrete Gefahr für Leib, Leben und Freiheit oder eine sonst menschenrechtswidrige Behandlung droht. Daß niemand vorhersagen kann, wie sich die politischen Verhältnisse im Zaire in naher Zukunft entwickeln und daß ein Übergang der von zahlreichen Menschenrechtsverletzungen begleiteten politischen Dauerkriege zur Anarchie und zum Bürgerkrieg nicht ausgeschlossen werden kann, begründet noch keine konkrete Gefahr im gegenwärtigen Zeitpunkt. (...) Die hohe Zahl von aufgeführten Fällen (begangener Menschenrechtsverletzungen) in drei Monaten kann zu keiner anderen Beurteilung führen. Im Kern handelt es sich um die von amnesty international oder auch in der Presse berichteten Fälle und darüber hinaus um eine erhebliche Anzahl von Plünderungen, Erpressungen und Räubereien von Militärpatrouillen, die in Zaire wohl in erheblicher Anzahl vorkommen, ohne daß aber jeder Zairer konkret von ihnen bedroht wäre ...“ (VG Freiburg, Az. A 1 K 13249/94)

Dokument 4:

Stellungnahme des MNC/L vom 31.1.96 für die deutsche Regierung

„Das Zaire der Mobutisten ist zu einem Land der Trugbilder, der falschen Illu-

für die Nachrichtenagentur Reuters aus Bukavu berichtet, von den Sicherheitskräften für mehrere Stunden in Haft genommen, offenbar weil man ihn für einen Tutsi gehalten hat. Er wurde erst wieder auf freien Fuß gesetzt, nachdem Vertreter der Vereinten Nationen in Zaire sich für ihn eingesetzt hatten.“

Das Militär in Zaire hingegen beschwerte sich über die lasche Haltung der Zivilregierung Kengo va Dondo, was zeigt, wer die tatsächliche Macht besitzt.

Hintergrund dieser Entwicklungen ist also die innere Situation in Zaire und wie je nach Interessenlage unterschiedliche Wertungen der Situation – z.T. schizophren – durch den Westen vorgenommen werden. (vgl. Dok. 2, 5 und 6)

Die BRD und Mobutu: Enge und lange Freunde

Die deutsche Bundesregierung steht nicht zum ersten Mal wegen Zaire am Pranger. Neben ihren zynisch klingenden Lageberichten, die gerichtliche Grundlage sind, Abschiebungen nach Zaire für zulässig zu erklären, hofieren sie – quer durch die Parteien – Mobutu mit z.B. Polizeiausbildung und Waffenhilfe. Noch vor wenigen Monaten traf dieser in Bremen zu einem Staatsbesuch ein, wenig später saß er mit SPD-Vogel und dem rheinland-pfälzischen Innenminister Zuber in Bad Kreuznach. Demonstrierende Exil-Zairer wurden jeweils von der Polizei vertrieben. Lediglich ein aus Ägypten stammender Lokalpolitiker, der CDU(!) zugehörig, stellte sich zu den Flüchtlingen aus Zaire: „Ich erkläre mich solidarisch mit euch. Ich begreife nicht, daß einer wie Mobutu hier mit allen Ehren empfangen wird.“ Deutsche Gerichte sind da nicht so feinfühlig. (vgl. Dokument 3) So wird also hofiert. Und die Mobutu-Regierung dankt es.

Die strategische Lage, die Bodenschätzungen, die internationalen Beziehungen – diese drei Punkte sind verantwortlich für die Interessen der westlichen Staaten, weshalb sie auf Mobutu setzen. Und wieso es möglich sein kann, daß dieser Mann – obwohl Hunderte seiner Millionen auf Schweizer und anderen Bankkonten liegen – noch einen Appell für dringend erforderliche Hilfslieferungen absetzen darf. Derartige Schi-

zophrenien spiegeln die Arroganz des Westens sowie seine Frechheit wider, jetzt als unabhängiger Hilfspartner auftreten zu wollen.

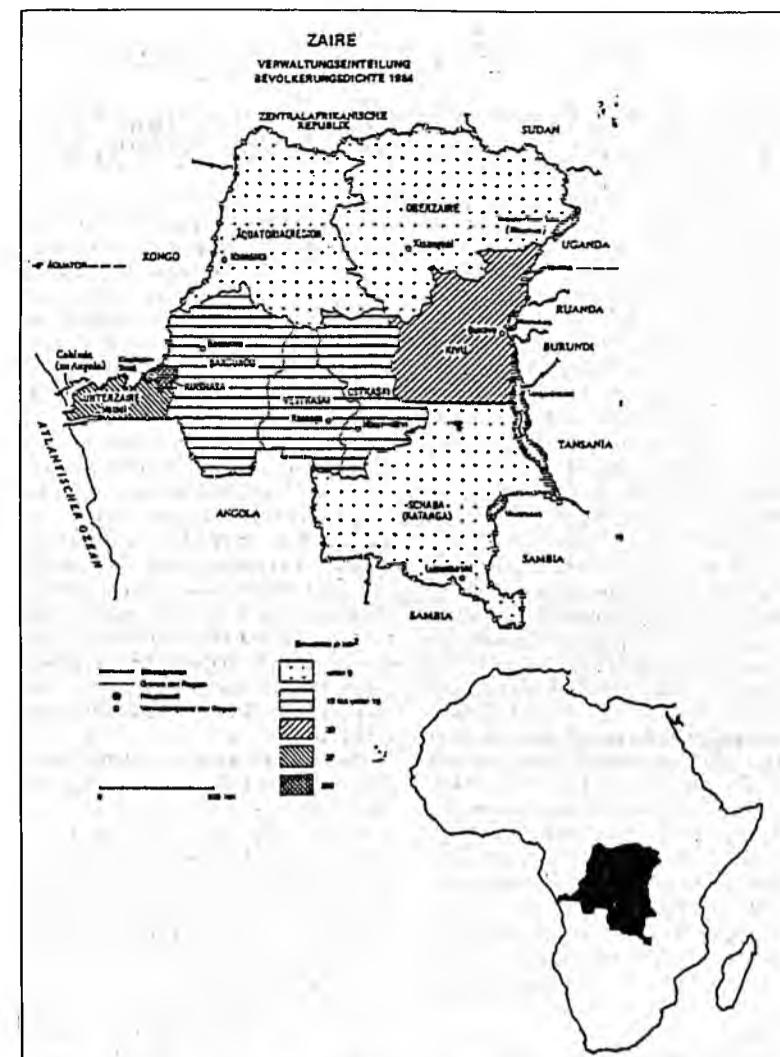
Mobutu, Nachfolger des vom CIA einstmals ermordeten Lumumba, spielte bislang eine Schlüsselrolle in der Aufteilung der Ressourcen. Seine Regime wurde von den westlichen Kolonialmächten eingesetzt und am Leben gehalten. Man braucht solche Freunde....

Und die Opposition?

Die oppositionelle Bewegung hätte es schon einige Male in der Hand gehabt, sich Mobutu zu entledigen. Es scheitert an ihrer inneren Zerstrittenheit, an der Korrumperbarkeit einzelner Oppositionspolitiker, die mal auf Seiten der Regierung, mal auf Seiten der Opposition ihr Glück versuchen. Das bekannteste Beispiel war der ehemalige Außenminister Karl I. Bond, der einmal zur Opposition zählte, nach Belgien ins Exil ging, von dort heftig gegen Mobutu wettete und schließlich in sein Küchenkabinett eintrat, als sei nichts gewesen. Auch der Führer des oppositionellen UDPS – Einheit für die Demokratie und den sozialen Fortschritt –, Tshisekedi, ist gerne bestrebt, einmal (erneut) Ministerpräsident zu werden; seine Partei hat sich kürzlich mal wieder gespalten.

Selbst die Partei PALU (Partei der Einheit der Lumumbisten), die die letzte größere Demonstration im Juli 1995 organisiert hatte (mind. 11 Tote, 32 Verletzte, zahlreiche Festnahmen), konnte nicht verhindern, daß einer ihrer Chefs zur Regierung überlief – zwar wurde er dann prompt ausgeschlossen, jedoch war das Image der neu formierten Gruppe sogleich angeschlagen.

Auch der MNC/L, inzwischen dreimal gespalten, brauchte in einer Erklärung aus dem Exil mehr Sätze, um sich von ihren Konkurrenten abzusetzen, als eigene Positionen für einen Kampf gegen Mobutu zu beschreiben (vgl. Dokument 4). Sie berufen sich auf die „authentische“ Bewegung, die ihren Ursprung hat im Congo-Befreiungshelden Patrice Lumumba, und haben sich bislang dem Treiben der sogen. Alternativ-Konferenzen anderer Oppositionsparteien und insbesondere der kath. Kirchen verweigert. Gleichwohl ist ihre Ansicht zur deutschen Politik wenig fundiert: „Alle



Mitglieder der MNC/L-Bewegung haben nicht aufgehört und werden nicht aufhören zu sagen, daß Deutschland für sie ein Vorbild ist und daß... das (Kongo) versuchen wird, aus den Ruinen des Mobutu-Krieges aufzuerstehen, in gleicher Weise wie die BRD selbst aus den Ruinen des zweiten Weltkriegs auferstanden ist, um dann eine Großmacht zu werden.“

Fazit

Mit Mobutu wird auch der Westen nicht mehr so richtig glücklich werden, das

scheint ihm bewußt zu sein. Aber eine für strategische Interessen stabile innenpolitische Lage herbeizuführen, dazu braucht es wohl mehr als ein paar Militärs und Finanzspritzten. Die frei umherlaufenden Söldnerbanden, die einst zairischen Soldaten, werden gegen ihren Tod kämpfen, um sei es nur mit der Machete.

Die ganze Korruption der Behörden, ihr Opportunismus, die fehlende Basis in der Bevölkerung, die meist in Angst und Schrecken verharrt, lassen sich nicht so einfach aus der Welt schaffen.

(mc)

sionen geworden, die von den Pro-Mobutu-Lobbyisten – welche für das Verbreiten von Lügen fürstlich bezahlt werden – in der Welt mit einer teuflischen Geschicklichkeit gestreut werden. Die Lage der wahren Oppositionen, der Basis, ist dort absolut dramatisch, heute mehr denn je. Um die internationale öffentliche Meinung zu täuschen, zieht das Regime die Aufmerksamkeit der Beobachter auf einige Führer der lokalen Opposition, die die Herrschaft von Mobutu nie in Frage stellen. Das Zaire des Mobutu ist nach wie vor für viele Mitbürger als 'Vorzimmer' des Todes zu sehen. Allein in der Hauptstadt Kinshasa sterben täglich tausend Menschen. Diese Situation treibt mehr Leute zur Verzweiflung und in die Flucht. (...)

Die Schließung der Grenzen für Asylbewerber treibt eine ständig zunehmende Zahl von Ausländern dazu, ihr Glück zu versuchen... Einige Afrikaner versuchen, schwimmend nach Europa über Gibraltar zu gelangen. So wurden 1995 mehrere Hundert von Leichen auf den spanischen Stränden gefunden! Andere fahren als blinde Passagiere mit, wo sie manchmal an Krankheit, Kälte oder Hunger sterben, wenn sie nicht bereits von der Schiffscrew über Bord geworfen wurden. (...)

Die MNC/L bittet die deutschen Behörden darum, nicht den sogen. belgischen, französischen oder anderen Afrikanisten Glauben zu schenken, die alles daran setzen, ihre Macht und politischen Auswirkungen auf die Völker des Kongo (Zaire) zu minimieren (?), und auf Bestellung künstlich die Bedeutung einiger Parteien aufzublähen, die nichts anderes sind als eine der zahlreichen Facetten des dekadenten und zerstörerischen Mobutismus. (...) Man verhandelt nicht mit einem Tyrannen, man bekämpft ihn bis zum endgültigen Sieg und dem Beginn eines wirklich demokratischen Staatsystems.“

Dokument 5:

Institut für Afrika-Kunde, Hamburg, 12.2.96:

„Aus Gründen der Herrschaftsicherung behandelt das Mobutu-Regime Regimegegnerschaft trotz formaler Legalisierung von Oppositionsgruppen weiterhin wie illegal. Trotz de-jure-Demokratisierung besteht de facto die Mobutu-Diktatur fort. Das Interesse der Herrschaftssicherung treibt das Regime zu einer sehr weitläufigen Auslegung von Verdachtsmomenten der Regimegegnerschaft. Selbst an sich unpolitische Menschen können leicht – manchmal

aus purem Zufall – in den Sog des Verdachts geraten. ...“

Dokument 6:

Lagebericht Auswärtiges Amt Bonn, 1.4.96 (Auszug):

„Die politischen Geschehnisse der letzten 6 Jahre wurden von einer rasanten Verschlechterung der sozialen und wirtschaftlichen Lage im Land begleitet, die zweimal zu gewalttätigen Plünderungen in den großen Städten des Landes führte. Diese trugen erheblich zur weiteren Zerstörung der wirtschaftlichen Infrastruktur bei.“

Die frühere Haupteinnahmequelle des Staates, der Kupferbergbau, ist mittlerweile nahezu versiegt.

Die internationalen FinanzinstitUTIONEN haben die Zusammenarbeit mit Zaire suspendiert, die Entwicklungszusammenarbeit der meisten westlichen Staaten wurde bis auf humanitäre Hilfe und Flüchtlingshilfe im Kivu-Gebiet eingestellt.

Staatliche Verwaltung existiert in weiten Teilen des Landes nicht mehr, eine unabhängige Justiz als dritte Gewalt ebensowenig. (...)

Armeen und Sicherheitsdienste werden nur unregelmäßig bezahlt, sind oftmals demoralisiert und häufig auf eigene

Faust tätig. Eine reguläre Polizei existiert nicht. (...)

Die meisten Menschenrechtsverletzungen werden von Sicherheitskräften verübt, die formal Präsident Mobutu unterstehen und über die die Regierung Kengo keinerlei Kontrolle ausüben kann. Vor allem an ihren Standorten ist die Bevölkerung den Übergriffen weitgehend schutzlos ausgesetzt. Exekutive und Justiz haben praktisch keine Durchgriffsmöglichkeiten. Soweit die Armeen in den durch ethnische Auseinandersetzungen betroffenen Regionen als Ordnungsmacht eingesetzt wird, beteiligt sie sich gelegentlich an gewalttätigen Aktionen beider Konfliktparteien.

Trotz dieser Mißstände ist die Regierung Kengo aktiv bemüht, der Achtung der Menschenrechte in Zaire Geltung zu verschaffen.

(...) Der Bericht (Garreton; s. Dokument 2), dem ein weitgefäßter Menschenrechtsbegriff zugrunde liegt und der auch der innerenpolitischen, wirtschaftlichen, sozialen sowie gesellschaftlichen Entwicklung im Zaire besondere Aufmerksamkeit schenkt, ist nach Auffassung der in Kinshasa vertretenen Missionschef der EU-Mitgliedstaaten nicht an allen Stellen ausgewogen oder präzise. (...)

Hamburger Senat

Maßnahmekatalog gegen Arme und Kranke

Hamburg. Seit längerem fordert ein Teil des Hamburger Einzelhandels „mehr Durchgriff der Polizei, um das Stadtbild von Bettlern zu bereinigen“ (Ulf Kalkmann, Geschäftsführer des Einzelhandelverbandes). Im September reagierte die Innenbehörde entsprechend. Nach Auswertung polizeilicher Erfahrungsberichte (die Polizeireviere waren nach „besonders unhaltbaren Erscheinungsformen der Unwirtlichkeit“ befragt worden) sowie kriminologischer Regionalanalysen legte die Behörde das Papier „Maßnahmen gegen die drohende Unwirtlichkeit der Stadt“ vor. Darin steht, was zum Wohle des Einzelhandels weg soll aus der Innenstadt: Hundekot, Graffiti und vor allem Bettler, Obdachlose, Alkohol- und Drogenkranke. „Das sozial unangepaßte bis rücksichtslose Verhalten einzelner Personengruppen bzw. die dadurch entstandenen Zustände tragen zur Unwirtlichkeit der Stadt bei. (...) Als eine besonders unangenehme Erscheinungsform der Unwirtlichkeit wird Bettelei wahrgenommen. (...) Eine wirkungsvolle Maßnahme... könnte der Verbringungsgewahrsam sein.“ Gemeint ist damit, daß Menschen, die wegen ihrer Anwesenheit den Konsum stören könnten, an den Strand verschleppt und dort ausgesetzt werden sollen. Da Bettelei nicht mehr strafbar ist, fordert die Innenbehörde: „Um bestimmte Innenstadtbereiche („Visitenkarten“, repräsentative Räume) von Bettelei freizuhalten, müssen die erforderlichen Rechtsgrundlagen geschaffen werden“. Neben dem „Verbringungsgewahrsam“ sei deshalb „die Einführung neuer Ordnungswidrigkeiten- oder Straftatbestände zur Ahndung von Bettelei und/oder Alkoholgenuss auf öffentlichen Verkehrsflächen zu prüfen“.

Unterstützt wurde das Papier erwartungsgemäß von der Handelskammer, der Stattpartei, der FDP und der CDU. Ansonsten gab es massenhaft Kritik, vor allem von Sozialverbänden, Vereinen, Initiativen, aus den Bezirken und SPD-Kreisverbänden, von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, den Jungsozialisten, der GAL sowie

in Umfragen und zahlreichen Leserbriefen. Bürgermeister Voscherau und Innenminister Wrocklage legten daraufhin eine persönlich überarbeitete Fassung des „Maßnahme-Papiers“ vor. Es heißt jetzt „Verbesserung der Lebensqualität, Attraktivität und Sauberkeit der Stadt“ und geht auf die geäußerte Kritik nur insofern ein, daß die Absichten nicht mehr so deutlich beim Namen genannt werden. Statt der Forderung nach Schaffung neuer Rechtsgrundlagen zur Vertreibung armer und kranker Menschen aus der Innenstadt wird jetzt formuliert: „... zu prüfen, ob landesgesetzliche Initiativen ordnungsrechtlicher oder wegerechtlicher Art erforderlich sind“. Zwecks Durchsetzung soll außerdem geprüft werden, „ob mit der Einrichtung eines kommunalen Ordnungsdienstes zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten... die im Bericht geschilderten Defizite auszugleichen sind“.

Neu aufgenommen sind Maßnahmen, die das Betteln in Bahnhöfen und Zügen unterbinden sollen. Dazu heißt es zunächst scheinbar harmlos: „Die Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales wird beauftragt, die Unternehmen der ÖPNV dabei zu unterstützen, die in öffentlichen Verkehrsmitteln bettelnden Menschen auf das Hilfesystem und dessen Anlaufstellen aufmerksam zu machen...“ Aber: zugleich sollen „die Rechte der von Bettlern angesprochenen Fahrgäste“ geschützt werden. Hochbahn-Chef Elste hat dieses Konzept zutreffend und zustimmend als Kampagne gegen die Bettler bezeichnet. Neu ist außerdem der Punkt „niedrigschwellige Beschäftigung“, der, so heißt es, auf ausdrücklichen Wunsch Voscheraus aufgenommen wurde. Vorangegangen war Ende Oktober ein Antrag der Stadtreinigung an die Sozialbehörde, 20 Sozialhilfeempfänger für die Reinigung von Grünflächen abzukommunizieren. Die Arbeitszeit sollte 4 Stunden pro Tag, die Entlohnung 260 DM pro Monat zusätzlich zur Sozialhilfe betragen. Das Landessozialamt lehnte ab und erklärte, daß nur Tariflöhne und berufliche Perspektive aus der Sozialhilfe heraushelfen und

daß das Amt derzeit nicht beabsichtige, „Sozialhilfeempfänger für gemeinnützige Arbeit einzusetzen“. Voscherau, CDU und ihre jeweiligen Klienten sind deswegen stinksauer. Voscherau hat sofort eine Arbeitsgruppe aus Stadträten einberufen, die die Möglichkeiten prüfen soll, Sozialhilfeempfänger zu „niedrigschwelliger Beschäftigung“ zu verpflichten. Entsprechendes ist in dem überarbeiteten Papier formuliert und auch der Einsatz von Zwangsmitteln: „Die Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales wird beauftragt zu prüfen, wie die Akzeptanz der vorhandenen niedrigschweligen Angebote bei bettelnden Menschen und Obdachlosen erhöht werden kann.“

In der Presse wird verbreitet, daß Voscherau die ganze Debatte angezettelt hat, „um Themen für eine Große Koalition“ zu schaffen. Dafür spricht einiges, zumal Voscherau hinsichtlich rot-grün jedes Maß verlogen zu haben scheint. Zitat: „Wer die SPD zu einer rot-grünen

Partei macht, kriegt in Deutschland innerhalb der nächsten 15 Jahre eine Bewegung à la Haider“. Neben der Arbeitsverpflichtung von Sozialhilfeempfängern wollen Voscherau und CDU gemeinsam gegen sog. „aggressives Betteln“ vorgehen. Damit bezeichnen diese Herren nicht etwa Beschimpfungen oder Drohungen, sondern allein schon das Zugehen auf andere Menschen mit der Bitte um Geld, also das aktive Betteln. Dies sei eine Bedrohung für die Bürger. Offensichtlich soll über den Popanz „aggressive Bettler“ in der Bevölkerung die bisher fehlende Akzeptanz für Verbringungsgewahrsam und ähnliche Maßnahmen erreicht werden. Nach einer aktuellen Umfrage fühlen sich knapp 80 Prozent der Hamburger Bevölkerung nicht oder nur wenig durch aktives Betteln belästigt.

Quellen: Hamburger Abendblatt 26.9., 12./13.10., 14.10., 21.10., 22.10.96; Die Welt 21.10., 29.10.96; Bild 24.10.96

bab



Köln. „Die Innenstadt muß wieder sauber“ werden, ist die erklärte Absicht der Kölner CDU. Seit Jahren trommelt sie gegen die Bettler in der Stadt. In diesem Zusammenhang muß man auch die Räumung der Klagemauer am Kölner Dom sehen. Walter Herrmann (Bild) kämpft auch weiterhin für den Erhalt dieser bekannten Einrichtung. Jöd, Foto: David Boucherie/transparent

Hamburg. Die in Santa Fu erscheinende Gefangenenzeltung **BLICKPUNKT** wird bereits seit Monaten von den Verantwortlichen massiv behindert. Die Zeitung erscheint in einer Auflage von gegenwärtig 2 000 Exemplaren, sie liegt in Buchhandlungen, Kneipen und den öffentlichen Bücherhallen aus und wird außerdem an ca. 350 Einzelabonnenten versandt. Der **BLICKPUNKT** ist kostenlos und finanziert sich ausschließlich durch Spenden, die die Redaktion selbständig sammelt.

Bereits seit Monaten jedoch wird der Redaktion weder der Kontostand des Spendenkontos noch eingehende Spenden mitgeteilt, Spenden warten zum Teil noch heute auf die Ihnen zugesagten Spendenboschzahlungen. Die Spenden werden durch den „Vorstand zur Förderung des Strafvollzugs“ verwaltet, dessen Vorsitzender der Anstaltsleiter von Santa Fu, Poenighausen, ist. Für welche Zwecke dieser Vorstand die für den **BLICKPUNKT** eingehenden Spenden tatsächlich verwendet, ist der Redaktion höchst unklar.



10 Jahre am Netz

Brokdorf. Zum 10. Jahrestag der Inbetriebnahme des AKWs demonstrierten am 5. Oktober etwa 200 bis 300 AtomkraftgegnerInnen von Itzehoe über Wilster zum AKW und forderten die Stilllegung des Atommeilers. Karsten Hinrichsen, der seit zehn Jahren gegen den Betrieb des AKWs klagt, warf den Grünen vor, seit der Regierungsbeteiligung in Kiel die Anti-AKW-Bewegung im Stich gelassen zu haben. So habe der Grüne Umweltminister Steenblock es bei den Koalitionsverhandlungen abgelehnt, die Reaktoraufsicht im Umweltministerium zu übernehmen.

S.P.

CDU-MdB macht sich für enteignete Nazis+Junker stark

Mannheim. Die von den norddeutschen CDU-Landesverbänden losgetretene Kampagne gegen die zwischen 1945 und 1949 in der Sowjetischen Besatzungszone durchgeführte Landreform, die Kriegsverbrecher und die ostelbischen Großgrundbesitzer, die Junker entschädigungslos enteignete, findet jetzt auch in dem Mannheimer Bundestagsabge-

ordneten Prof. Jüttner einen Multiplikator. Auch er fordert, daß im Besitz der BRD befindliche Eigentum an die Eigentümer aus der Nazi-Zeit zurückzugeben. Damit wird der Einigungsvertrag und der 2+4-Vertrag angegriffen.

Die Nachfolgegenossenschaften der LPGs der DDR könnten dann von Junkern aufgerieben werden. Es geht den Revanchisten auch darum, sich freie Bahn zum Eigentums-Rollback gegen die Nachbarstaaten im Osten zu schaffen. Denn auch die dortigen Enteignungen deutschen Kapitals der NS-Zeit wollen diese Kriegstreiber wieder rückgängig machen.

Im „Deutschen Ostdienst“ Nr. 38, dem Mitgliederorgan des „Bund der Vertriebenen (BdV)“, wird Jüttner ausführlich zitiert. Dies läßt darauf schließen, daß der CDU-Rechtsaußen über sehr gute Verbindungen zu dieser Revanchistenvereinigung verfügt.

scf

Versicherungspflicht für 590-DM-Jobs

Essen. An die 150 Menschen kamen am 30.10.1996 in den Kinosaal der Volkschule zur Veranstaltung des Essener Frauenbündnisses. Im Mittelpunkt



1000 demonstrierten in Lübeck

Teilnehmer fordern „Freispruch für Safwan Eid“

Lübeck. Rund 1000 Menschen folgten dem Aufruf des Lübecker Bündnis gegen Rassismus und demonstrierten gegen die einseitigen und rassistischen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft. Allen widersprechenden Zeugenaussagen der vergangenen 14 Hauptverhandlungstage zum Trotz hält die Lübecker Staatsanwaltschaft an ihrem Konstrukt fest und verfolgt – ungeachtet aller Anzeichen, die in Richtung eines rassistisch motivierten Verbrechens gehen – mit Safwan Eid ein Opfer des Brandanschlags.

Im Rückblick auf die verschiedenen Kundgebungen und Demonstrationen der letzten Monate scheinen die Forderungen der Überlebenden Hafenstraßenbewohner nach sofortiger Freilassung Safwan Eids, der Neuaufnahme der Ermittlungen und dem gesicherten Aufenthaltsstatus der Betroffenen kaum über den engeren Kreis der politischen Linken hinaus zu kommen.

Konsequenzen, die auf den Kundgebungen direkt nach dem Brand gefordert wurden – wie dezentrale Unterbringung, Bleiberecht und Rücknahme des Artikels 16, werden inzwischen nicht einmal mehr öffentlich diskutiert.

Die Einsicht beispielsweise von Bürgermeister Boutilier (SPD) – „Der Brandanschlag kann nicht allein den Juristen bzw. der Staatsräson überlassen werden“ (Januar '96) – scheint von der „Sorge um das deutsche Ansehen“ und den Zwängen eben dieser Staatsräson abgelöst worden zu sein.

Das Stillschweigen der linksliberalen Öffentlichkeit mag zusätzlich daran liegen, daß eine Verurteilung der rassistischen Ermittlungen auch die Grundfeste der Rechtsstaatlichkeit in Zweifel

zieht. Zumal sich die angeblichen „Pannen“ der Lübecker Staatsanwaltschaft letztlich nur als Teil bundesrepublikanischer Normalität erklären lassen, wie sie jüngst in der vollzogenen Abschiebung eines der Brandopfer zum Ausdruck kam. *kun*

Dokumentiert: Aus dem Redebbeitrag des Lübecker Bündnis gegen Rassismus

(...) Ein Freispruch für Safwan, mit dem heute bei aller Vorsicht zu rechnen ist, wäre noch kein Ruhmesblatt für die deutsche Justiz. Es gilt der Gefahr zu begegnen, daß sich der „Rechtsstaat“ mit einer windelweichen Urteilsbegründung („im Zweifel für den Angeklagten“) selbst auf die Schulter klopft, dabei aber die Möglichkeit einer Täterschaft Safwans in der Öffentlichkeit bestehen läßt. In diesem Fall stehen dann auch die Chancen schlecht, die rechten (mutmaßlichen) Brandstifter jemals zur Rechenschaft zu ziehen. Damit wäre das staatlich-rassistische Manöver, ein Opfer zum Täter zu stempeln und von der eigenen Mitverantwortung für die rassistische Gewalt abzulenken, letztendlich doch noch aufgegangen. Die Praxis rassistischer Ermittlungen könnte sich dann jederzeit und bei jedem neuen Naziverbrechen wiederholen. Deswegen reicht es nicht aus, auf den allgemeinen, die ganze Gesellschaft durchziehenden Rassismus hinzuweisen. Mit Nachdruck müssen wir einen klaren, zweifelsfreien Freispruch für Safwan fordern. *Bestellungen des Prozessinfos sowie Spenden sind zu richten an: Lübecker Bündnis gegen Rassismus, Willy-Brandt-Allee 9, 23554 Lübeck*

stand ein Vortrag der Bremer Professorin Susanne Schunter-Kleemann. Entsprechend dem Veranstaltungstitel „Die Armut ist weiblich“ untersuchte sie Ursachen der zunehmenden Armut und Verelendung, von der Frauen immer noch am stärksten betroffen sind.

Die aktuellen staatlichen Sozialkürzungen verschärfen diesen Trend doppelt: Nicht nur durch direkte Leistungskürzungen für jetzt Betroffene, sondern auch durch die Ausweitung der Notwendigkeit unbezahlter Arbeit, die die Schließung z.B. von Krankenhäusern und Kindergärten nach sich zieht. Arbeit, die Frauen leisten, ohne daß sie in der Sozialversicherung Ansprüche erwerben.

Frauen fallen oft durch die Maschen der sozialen Sicherungssysteme, weil sie in nicht versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen beschäftigt werden, den 590 DM-Jobs. 4,5 Mio. Menschen arbeiten in Deutschland in solchen Arbeitsverhältnissen. Viel Unterstützung bei den Anwesenden fand Prof. Schunter-Kleemann, die die Einbeziehung dieser Arbeitsverhältnisse in die Versicherungspflicht als eine vordringliche Aufgabe bezeichnete. Entsprechende Forderungen von Frauenverbänden, Gewerkschaften u.a. greifen im Bundestag aber

nur die Oppositionsparteien SPD, Grüne und PDS auf. Die Bundesregierung halte stur an der jetzigen Rechtslage fest. Der aktuelle Gesetzentwurf der SPD verdiene aus frauenpolitischer Sicht tatkräftige Unterstützung.

In einem zweiten Teil wurden die 10 Thesen zur Armut in Essen vorgestellt. Mit einer Resolution bekräftigte die Versammlung die dort erhobenen Forderungen. Die Resolution wird an politisch verantwortlich tätige Frauen aller Parteien versandt, mit der Bitte um Unterstützung. *syb*

Expansion ohne Tabus

Frankfurt. Mit dem Bau der Startbahn West im Jahr 1984 sollten die Expansionsforderungen abgeschlossen sein. Als dann die Amerikaner immer mehr Teile des von ihnen besetzten Gebietes auf dem Flughafengelände an die Flughafen AG zurückgaben, sollten alle Platzprobleme für die Zukunft gelöst sein. Es kam anders: Viele Hektar Stadtwald wurden für das neue Frachtzentrum gerodet, statt die von den Amerikanern versteucht zurückgegebenen Gebiete zu sanieren. Doch das ist nicht genug. Diskutiert werden jetzt schon eine

Pfarrer von Polizei verfolgt

Freispruch nach bundesweiten Protesten

Köln. Am Dienstag, den 5. November, fand vor dem Amtsgericht eine Verhandlung gegen die Pfarrer Domning und Mörtter von der Kölner Luther-Kirche statt. Anklagepunkt: Beihilfe zum Verstoß gegen das Ausländergesetz. Der Vorwurf lautete, daß die Pastoren einem Flüchtling Unterschlupf gegeben haben sollen. Zu recht wies die Süddeutsche Zeitung darauf hin, daß eine solche Anklage in der BRD bisher einmalig sei.

Hintergrund des Verfahrens ist der Ärger der Polizei und staatlicher Behörden über die evangelische Kirche in Köln und insbesondere verschiedene fortschrittliche und demokratisch eingestellte Pfarrer. Bekanntlich gewährt die evangelische Kirche in Köln drei Familien Kirchenasyl und kämpft für ihr Bleiberecht. Das konservative Lager ist darüber tief verbittert, da das Kirchenasyl für diese Familien immer wieder Unterstützung findet.

Im Verfahren ging es konkret um folgenden Vorgang: Mitglieder der Gemeinde Lutherkirche wandten sich vor einigen Monaten an Pfarrer Domning, mit der Mitteilung, daß sie einen jungen Mann in ihren privaten Räumen verstecken würden, und ob die Lutherkirche das unterstützen würde. Die Gemeinde sagte ihre Unterstützung zu, ohne daß die betreffende Person in den Räumen der Kirche wohnte.

Trotzdem nahm die Polizei den jungen Mann fest. Pfarrer Domning wurde sofort aktiv und wandte sich an die Kölner Polizei, genauer gesagt an die Pressestelle, Herrn Maßen. Herr Maßen brachte mit seinen Notizen über das Gespräch mit Pfarrer Domning dann einen Stein ins Rollen. Maßen behauptet, Pfarrer Domning habe geäußert, die Lutherkirche gewähre dem jungen Mann, den die Polizei verhaftet habe, Kirchenasyl. Pfarrer Domning bestreitet dies zu recht, da die Kirche den Mann in ihren Räumen gar nicht untergebracht hat. Der ganze Vorgang wirkt ein dunkles Licht auf die Kölner Polizei, insbesondere auf die Pressestelle, die ja noch nicht einmal eine Ermittlungsbehörde



Pfarrer Mörtter(l) und Domning vor dem Gericht.
Foto: Henning Kaiser/transparent

ist. Will sich hier ein Beamter hochdienen oder folgte er seinen Anweisungen und wurden Protokollnotizen akribisch angefertigt, um Leute mit falschen Anschuldigungen verfolgen zu können?

Das Gericht sah keinerlei Verstöße gegen das Ausländergesetz und sprach die Angeklagten frei.

Harte Worte fand Landeskirchenrat Jörn-Erik Gutheil nach dem Prozeß für die Anklagebehörde. Sie habe mit dem Prozeß versucht, die evangelische Kirche einzuschüchtern: „Wir brauchen sperrige Pfarrer und keine Stromlinienförmigen.“

Pfarrer Mörtter sagte anschließend gegenüber der örtlichen Zeitung: „es sei zu hoffen, daß wirklich einmal ein Fall von ‘Kirchenasyl’ bis hin zum Oberlandesgericht verfolgt werde. Er selbst und Domning hätten schon einmal belangt werden sollen, weil die Gemeinde nach einem Presbyteriumsbeschuß in der Tat seit drei Jahren einer vierköpfigen Flüchtlingsfamilie aus Mazedonien Unterschlupf gewährt.“ Die Anklage wurde aber ebenfalls niedergeschlagen.

jöd

Völkische Religion, Esoterik und Neofaschismus

Die Hinwendung zum New Age, zum Spirituellen, zu religiösen und völkisch-religiösen Bewegungen und Gruppen hat nach wie vor Konjunktur. Das „neue Denken“ ist aber oft genug ein altbekanntes. Das „ganzheitliche“, naturreligiöse Weltbild vieler New Age-Strömungen und heidnischer Gruppen weist wesentliche Parallelen zur (neo)faschistischen und völkischen Ideologie auf. Das Seminar, insbesondere für Einsteiger/innen in die Thematik gedacht, will Informationen geben über altes „Neues Denken“ in der Esoterik-Szene und die verschiedenen heidnischen Gruppen.

Der Preis für das Wochenendseminar am 14./15.12.1996 (Sa. 10 Uhr bis So. ca. 16 Uhr) in Leverkusen beträgt incl. Übernachtung und Verpflegung 60 DM für Berufstätige bzw. 45 DM für Menschen ohne Einkommen.

Veranstalter: Kommission Neofa der VVN-BdA NRW und Hartmut Meyer Archiv. Anmeldungen bis zum 20. November an die VVN-BdA, Gatho 55, 42107 Wuppertal



SKET und Heckert – die letzten Opfer?

Anmerkungen zum Ende zweier Ex-DDR-Großbetriebe in Magdeburg und Chemnitz

Noch im April hatte der Sprecher der Geschäftsführung, Werner Kirchgässer, von SKET (Schwermaschinenkombinat „Ernst Thälmann“), einem der größten Kombinate der DDR mit 18 Betrieben und 30.000 Beschäftigten, Produzent von Walzwerkanlagen, Zementwerken, metallurgischen Kränen usw., angekündigt, daß 1998 ein Umsatz von 393 Mio. DM erwartet wird und der Betrieb schwarze Zahlen schreiben werde.

Allerdings sah das von der Treuhand nachfolgegesellschaft BvS verkündete Sanierungskonzept einen weiteren dramatischen Personalabbau von 2.097 auf 1.079 Personen im Stammwerk und eine Ausgliederung von Betriebsteilen und die Schließung von Konstruktionsbüros vor. Von der Treuhand waren bis zu diesem Zeitpunkt über eine Milliarde DM in das Unternehmen geflossen, für 1998 wurde eine dreistellige Millionensumme für SKET vorgesehen. Ziel bliebe es, SKET zu privatisieren.

Im Oktober erfolgte plötzlich die Gesamtvolldreckung und damit das Aus für SKET. Landesregierung und auch Opposition forderten den Erhalt von SKET. Der Groß-Kanzler, der sich, sicher widerwillig, zur gleichen Stunde in Magdeburg zum DAG-Kongress aufhielt, meinte, daß ihm eine Filierung des Unternehmens gar nicht gefalle und er für den Erhalt von SKET sei. Aber kaum war seine Rede verklungen, verkündete der Aufsichtsrat den SKET-Konkurs. Der Kaiser stand nackt vor seinen Getreuen. SKET wird zerstückelt und einzeln verkauft. Die Folgen tragen die Arbeiter und Angestellten des Unternehmens.

Übrigens symbolisch: Zur gleichen Stunde, da sich die Noch-Sket-Werker zur Protestveranstaltung vor den Werkstoren versammelten und sich die beteuernden Worte des Ministerpräsidenten Höppner anhörten, versammelte sich der „Verein der Thälmannwerker“ e.V., dem ehemalige Beschäftigte des Unternehmens angehören, die schon früher entlassen wurden. Ihr Ziel: Wahrung ihrer sozialen Rechte, Rente etc.

Das schafft Assoziationen mit Bischofferode. Vor zwei Jahren wurde gesagt, Bischofferode sei überall. Widerstand wurde organisiert, jedoch die Treuhand sanierte und Bischofferode war tot. So wie jetzt SKET. Widerstand blieb aus. Wo war die PDS? Nahm sie zuviel Rücksicht auf die tolerierte Koalitionsregierung in Sachsen-Anhalt? Wo

blieb der Widerstand gegen die unselige Treuhandpolitik, Sanierungskonzepte vorzugeben, im Hinterkopf aber den Gedanken an Gesamtvolldreckung zu haben?

So verwundert es nicht, daß – kaum war die Nachricht von SKET über die Kanäle und Ticker gelaufen – ein weiteres Großunternehmen Ostdeutschlands Konkurs anmeldet. Jetzt war es die „Heckert Chemnitzer Werkzeugmaschinen GmbH“ (HCW), die Gesamtvolldreckung anmeldete, da erhoffte Finanzmittel ausblieben. Weitere Arbeitsplätze, 600 im Unternehmen (Heckert hatte zu DDR-Zeiten 27.000 Beschäftigte) und bis zu 500 in Heckert-Zulieferbetrieben gehen verloren. Der Konkurs mußte angemeldet werden, weil die schwäbische Muttergesellschaft Traub AG Reichenbach, die Heckert gekauft hatte, in Vergleich gehen mußte. Ein Versuch der Herauslösung der HCW aus dem Traub-Konkurs scheiterte. Die Deutsche Bank als Hausbank der Traub zeigte sich nicht bereit, HCW Finanzhilfe zu geben.

Die Belegschaft protestierte, aber niemand half ernsthaft. Sachsenkönig Kurt, der Unterstützung zusagte, konnte die Deutsche Bank nicht umstimmen. Nun steht fest, daß auch eine Auffanggesellschaft nicht zustande kommen wird und Heckert geht den Bischofferode-, SKET- und vieler anderer Weg.

Ausnahme FORON, Produzent des ersten FCKW-freien Kühlschranks in der Bundesrepublik, der in Ostdeutschland mit Hilfe von Greenpeace auf den Markt kam. FORON existiert noch. Jedoch hat der Betrieb hohe Hürden genommen. Vor allem kam die Hürde der westdeutschen Konkurrenz, die beim Erscheinen des ersten FCKW-Freien alles tat, um Produktion und Verkauf zu vereiteln. Allerdings produzieren sie heute alle FCKW-freie Kühlschränke, was heißt, daß sie trotzdem mitziehen müssen.

Es wird HCW kaum gelingen, einen ähnlichen Coup zu wiederholen. Ablesbar an SKET und Heckert ist, daß Ost-Unternehmen der West-Konkurrenz weichen müssen. Oder Westunternehmen nutzen Mittel, die die Treuhand Ost-Unternehmen gewährt, um sich selbst zu sanieren. Siehe Vulkan! Die Deindustrialisierung Ostdeutschlands schreitet unaufhörlich voran. Dank Treuhand, dank Bonns Regierungskoalition und dank protestierender Landesregierungen, die „machtlos“ sind wie der Großkanzler selbst! (abc)

Protest gegen Gebührenplünderung in Thüringen

Tausende protestierten am 19.10. in Erfurt

Mehrere tausend Thüringer protestierten am 19. Oktober in Erfurt. Aufgerufen hatte die überparteiliche „Bürgerallianz gegen überhöhte Kommunalabgaben“, die den in den letzten zwei Jahren beständig wachsenden Unmut über die ständigen Anhebungen kommunaler Gebühren gegenüber der Thüringer Landesregierung formuliert und vertritt. Kurz vor der Protestaktion hatten Vertreter der „Bürgerallianz“ mit Vertretern der Landesregierung gesprochen – mit welchem Ergebnis, wird die Zukunft zeigen. Hier ein Bericht der Thüringer Zeitung „UNZ“ über die Protestaktion.

tern sie um ihre Häuser.“ Ursache dafür sind in Thüringen u.a. Anschlußgebühren an Kläranlagen bis zu und über 20.000 DM. Beispiele für astronomische Summen, die für Wasser und Abwasser verlangt wurden und per Post in Fabriken, landwirtschaftliche Genossenschaften und private Haushalte flattern riefen den Unmut der Demonstranten hervor. Wer aber glaubte, daß jemand von der Landesregierung gekommen war, sah sich getäuscht. Lediglich die Abgeordneten der Fraktion der PDS Dr. Heide Wildauer und Cornelia Nitzpolt waren auf dem Domplatz dabei.“ *

Soweit der Bericht der „UNZ“. Aus der PDS-Fraktion ist zu erfahren, daß die Positionen der „Bürgerallianz“ zur Reform der Kommunalabgaben sich weitgehend mit den Vorstellungen der PDS-Fraktion, die diese bereits zweimal vergeblich im Landtag eingebracht hat, decken. Seit September liegt ein dritter Anlauf aus der PDS-Fraktion im Landtag. Ein Antrag auf Überarbeitung der

„Gespant, gebaut und nun verpfändet?“

Die Stimmung auf dem Domplatz war gereizt. Wer hierher gekommen war, stand zwar nicht das Wasser bis zum Hals, wohl aber die Gebühren für das Abwasser, die er (oder sie) zu zahlen hat oder zahlen soll. Vom Vorsitzenden der Bürgerallianz gegen überhöhte Kommunalabgaben, Klaus Möller, war zu hören, daß sich inzwischen 160.000 Mitglieder eingetragen haben. Das sei ein Potential, mit dem man bei den nächsten Landtags- und Kommunalwahlen rechnen müsse. Eventuell könne sich daraus auch eine Protestpartei bilden, die auf den Stimmzetteln erscheint. Geplant, so Möller, sei ein Bürgerbegehen, „wenn wir kein Entgegenkommen des Landes spüren.“ Die Vorbereitungen dazu könnten sofort anlaufen. Eine der Hauptforderungen, die von den Rednern gestellt wurde, ist die Novellierung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes.

Die PDS-Bürgermeisterin Heidrun Sedlaciak aus Hohenleuben stellte fest, daß die Haltung der Landespolitiker den sozialen Frieden gefährdet.

Ein Redner aus Bischofferode sagte: „Die Kalikumpel aus Bischofferode haben zuerst ihre Arbeit verloren, nun zit-

Förderungsrichtlinien für „wasserwirtschaftliche Maßnahmen“ (Drucksache 2/1368). In der Sache geht es darum, den Katalog der förderungswürdigen Vorhaben in der Wasserwirtschaft auszuweiten, um insbesondere die teuren Hauptsammler und die Ortskanalisation in den Katalog aufzunehmen und spätestens ab 1.1.1997 nachzufordern. Das würde den Druck auf die kommunalen Gebühren vermindern helfen und den kommunalen und regionalen Wasserwerken erlauben, ihre Gebühren zu verringern. (rül)

Begründung:

CDU
IM STADTRAT DER STADT LEIPZIG

In den nächsten Jahren wird in das Gebäude des ehemaligen Reichsgerichtes das Bundesverwaltungsgericht einziehen. Für eine rechtsstaatliche Institution derartiger Bedeutung ist die nach einem führenden bulgarischen Stalinisten benannte Adresse in höchstem Maße unpassend, unzumutbar und geschmacklos! Eine Umbenennung dieses Platzes wurde von der Stadt Leipzig, trotz entsprechender Bemühungen seitens des Bildermuseums und politischer Kräfte, bisher leider versäumt. Erkbar sind z. B.:

Georgi-Dimitroff-Platz als Sitz eines Bundesverwaltungsgerichts? CDU: „Stalinistisch!“

Weil das Bundesverwaltungsgericht nach Leipzig umzieht, will Leipzigs CDU den Namen des Platzes vor dem Gerichtsgebäude ändern. Der lautet nämlich aus DDR-Zeit: „Georgi-Dimitroff-Platz“, als ehrendes Gedenken an den hier von den Nazis im Herbst 1933 wegen angeblicher Verantwortung für den „Reichstagsbrand“ angeklagten bulgarischen Kommunisten. „Für eine rechtsstaatliche Institution derartiger Bedeutung ist die nach einem führenden bulgarischen Stalinisten benannte Adresse in höchstem Maße unpassend, unzumutbar und geschmacklos“, meint die CDU im Leipziger Stadtrat. Der von den Nazis inszenierte Reichstagsbrand war bekanntlich Auftakt zur Verhaftung von tausenden von Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftern im NS-Reich. Dass der Sitz des künftigen Bundesverwaltungsgerichts nicht an diese Geschichte erinnern soll, ist bezeichnend für das Verhältnis der Leipziger CDU zum Widerstand gegen das NS-Regime. (rül, Quelle: Leipzigs Neues, 18.10.)

Metallindustrielle: Auf jeden Fall Krankheit abstrafen

Nach dem Scheitern der Verhandlungen zwischen IG Metall und Kapitalisten in Karlsruhe rückt Arbeitskampf näher

Mit der festen Absicht zu einem Abschluß war die IG Metall am 7. November zu den Tarifverhandlungen in Karlsruhe gekommen. Sie war bereit, über das von der Gegenseite geforderte Gesamtpaket Beschäftigungssicherungsvertrag, Lohnfortzahlung, Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie Einkommensentwicklung 1997 zu verhandeln (die mit Bundesregierung und Bundesanstalt für Arbeit schon weitgehend abgesprochene Altersteilzeitregelung war für eine zentrale Regelung ausgeklammert).

Zustandekommen ist nur die Verlängerung des Beschäftigungssicherungstarifs über das Jahresende 1996 hinaus. Danach kann auch künftig die Arbeitszeit für den ganzen Betrieb ohne Lohnausgleich bis auf 30 Stunden gesenkt werden gegen Beschäftigungsgarantie. Entfallen ist die Möglichkeit der Absenkung für einzelne Abteilungen mit Teillohnabschluß und ohne Beschäftigungsgarantie, die nach Einschätzung der IG Metall in der Praxis kaum eine Rolle spielte. Neu ist, daß die Anwendung des Beschäftigungssicherungsvertrags künftig von einer Einigungsstelle oder einer tariflichen Schiedsstelle entschieden werden kann, wenn sich die Betriebsparteien nicht einigen. Bisher mußten beide Seiten zustimmen.

Das gesamte übrige „Paket“ scheiterte am Konflikt um die Lohnfortzahlung. Die Unternehmerseite unter Leitung von Dieter Hundt, der im Dezember die Präsidentschaft der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände antritt, verlangte als Voraussetzung für einen Abschluß eine „Korrelation“ zwis-

schen Krankheit und Einkommen oder anderen tariflichen Leistungen. Ohne solche „Korrelation“ gebe es keinen neuen Tarifvertrag und werde der Flächentarif selber in Frage gestellt.

Für die Absenkung tariflicher Leistungen bei Krankheit schlug Hundt verschiedene Modelle vor. Zunächst wollte er Weihnachts- und Urlaubsgehalt an die Höhe der krankheitsbedingten Fehlzeiten koppeln. Als sich die IG Metall darauf nicht einließ, verlangte er eine Kürzung des Urlaubsanspruchs: 1,7 Urlaubstage für die ersten drei Wochen der Krankheit sollten pro Jahr angesetzt werden. Also die Regelung des neuen Lohnfortzahlungsgesetzes (ein Urlaubstag pro Krankheitswoche) in abgeschwächter Form, aber doch der Einstieg in die tarifliche Durchsetzung des Gesetzes. Diese Forderung war verbunden mit dem Angebot einer Laufzeit bis zum Jahr 2001.

Die Frage, ob man sich auf eine solche Lösung einlassen soll, löste in der Tarifkommission eine kontroverse Diskussion aus. Bei der Lohnentwicklung hatte man sich schon auf die Formel vom Ausgleich der Preissteigerung (ohne daß der Tarifkommission Zahlen genannt wurden) geeinigt, und bei Urlaubs- und Weihnachtsgeld war die IG Metall bereit, das Aufstauen der bei 1994 eingefrorenen Beträge zeitlich zu strecken. Eine knappe Mehrheit der Tarifkommission gab schließlich grünes Licht, die Möglichkeiten eines Abschlusses unter Anrechnung von Urlaubsanspruch auszuloten. Hauptargumente dafür waren die längere Laufzeit als Vorteil angesichts der dramatischen Entwicklung bei den Flächentarifen so-



Nach dem Scheitern der Verhandlung in Baden-Württemberg wird ein Arbeitskampf in Bayern wahrscheinlich. Die Kampfbereitschaft der Beschäftigten ist hoch. An einem Aktionstag der IG Metall am 4. November fanden in vielen Orten Bayerns Protestkundgebungen statt. Unser Bild: Augsburg, wo sich drei- bis viertausend beteiligten.

wie die Frage, ob ein künftiger Abschluß besser ausfallen würde. Außerdem wurde auf die schlechtere oder ganz fehlende tarifliche Regelung der Lohnfortzahlung in anderen Branchen hingewiesen. Eine starke Minderheit lehnte dieses Lösungsmodell ab, weil damit die Logik des Gesetzes in den Tarif käme und die Hoffnungen und Erwartungen von vielen Beteiligten der Protestaktionen enttäuscht würden.

Die folgende Verhandlung in kleiner Runde war dann doch rasch zu Ende. Die IG Metall erklärte das Scheitern über die Frage der Anrechnung von Urlaub auf Krankheitstage. Zur Begründung hieß es, Hundt habe noch draufgesattelt und über die Kürzung des Urlaubsanspruchs hinaus auch noch die anteilige Kürzung des zusätzlichen Urlaubsgehalts gefordert. Es wurde also die Notbremse gezogen, als schon etliche mit einem Abschluß rechneten.

Nach dem Scheitern in Karlsruhe ist eine Verhandlungslösung weniger wahrscheinlich geworden. In Baden-Württemberg selber hat die IG Metall die tarifliche Schiedsstelle angerufen, die in den nächsten Wochen eine verbindliche Interpretation der Tarifregelung zur Lohnfortzahlung vorlegen soll. Die nächsten regionalen Verhandlungen am 19. November in Nordrhein-Westfalen hat Gesamtmetall nach dem Scheitern in Karlsruhe in Frage gestellt. Kommt es dort zu keiner Einigung in Verhandlungen – und die Chancen dürften schlechter stehen als in Baden-Württemberg –, verschiebt sich die Auseinandersetzung nach Bayern. Dort hat die IG Metall die Tarifbestimmungen zur Lohnfortzahlung gekündigt und könnte dazu ab März einen regulären Streik führen.

Die Mobilisierung von Hunderttausenden in den letzten Wochen hat Wirkung gezeigt: Konzerne mußten ihren eklatanten Rechtsbruch zurücknehmen; die Regierung mußte zu dem Tarifbruch, den sie selbst angeregt hatte, auf Distanz gehen; die Metallindustriellen haben ihre aktuelle Zielmarke im Vergleich zum Lohnfortzahlungsgesetz zurückgeschraubt. Aber sie haben ihr Ziel, das Gesetz auch tariflich durchzusetzen und Krankheit abzustrafen, nicht aufgegeben, sondern verfolgen es mit einem Stufenplan eisern weiter. Es sei „völlig ausgeschlossen, daß die Arbeitgeber die volle Lohnfortzahlung auch noch durch Tarifverträge absichern werden“, erklärte nach der Karlsruher Verhandlung der Hauptgeschäftsführer der BDA, Göhner. Am Ende der Entwicklung werde die neue gesetzliche Regelung – wenn auch in unterschiedlicher Form und teilweise in Stufen – Eingang in alle Tarifverträge finden. (1) Von dieser Position werden die Hundts, Stumpfes, Göhners usw. nur abrücken, wenn sie schweren Widerstand und Schaden fürs Geschäft befürchten und erleben müssen.

Quellenhinweis: (1) Sonntag Aktuell, 10.11.96 - (rok)

Lohnverzicht zur Erhöhung der Umsatzrendite

Cincinnati Milacron-Konzern will 10% Umsatzrendite / Widia erpreßt Belegschaft

Lohnverzicht oder Ausgliederung, Verkauf bzw. Stillegung des Betriebsteils Magnetfertigung – vor diese Alternative hat die Geschäftsführung der Widia GmbH in Essen die Belegschaft gestellt. Nach der Methode „Friß Vogel oder stirb“ soll der Betriebsrat bis zum 21.11.1996 entscheiden, ob er bereit ist, Maßnahmen zur Flexibilisierung der Arbeitszeiten und eine Senkung der Löhne und Gehälter für ein Jahr mitzutragen. Im „Gegenzug“ will die Geschäftsführung an einem Konzept arbeiten, um die Magnetfertigung profitabler zu machen und für ein Jahr eine Beschäftigungsgarantie geben. Rund 300 der 1250 Beschäftigten der Widia in Essen arbeiten in der Magnetfertigung.

Vor knapp zwei Jahren ist die Widia GmbH von Krupp-Hoesch an den amerikanischen Cincinnati Milacron-Konzern verkauft worden. Jetzt wollen Anteilseigner und Geschäftsführung die Gunst der Stunde nutzen, um amerikanische Managementmethoden einzuführen. Der Umsatz der Magnetfertigung wird in diesem Jahr mit ca. 60 Mio. DM um 20 Mio. DM unter dem Plan bleiben, das Ergebnis bei plus-minus-null. Damit ist der „shareholder“ nicht zufrieden, obwohl die Widia insgesamt in diesem Jahr den höchsten Gewinn seit vielen Jahren ausweisen wird. Cincinnati Milacron verlangt für nächstes Jahr

eine Umsatzrendite von 10% für den Magnetbetrieb – ein Prozentsatz, der bisher noch nie erreicht wurde. Um diese rund 6 Mio. DM zusätzlichen Profit zu erhalten, sollen die Einkommen gesenkt werden.

Entsprechend groß ist der Unmut in der Belegschaft. Nach einer Abteilungsversammlung fanden mehrere Aktionen in Form von Informationsbesuchen beim Betriebsrat statt, an denen sich alle Beschäftigten des Magnetbetriebs beteiligten. Vielen ist klar, daß es um eine dauerhafte Lohnsenkung geht. Ursprünglich sprach die Geschäftsführung von 20% „Eigenbeitrag“ der Beschäftigten der Magnetfertigung, später von 5% Lohnkürzung für alle Beschäftigten in Essen. Wenige Tage später wurde dem Betriebsrat eine Liste vorgelegt, in der u.a. die Kündigung der 40-Stunden-Einzelarbeitsverträge, die drastische Reduzierung der Mehrarbeit durch flexiblere, dem Auftragseingang angepaßte Arbeitszeiten, die Kürzung von Akkorden und die Aussetzung der tariflichen Lohnerhöhung vorgeschlagen wurde – Maßnahmen, die für ein Jahr wenig Sinn ergeben.

Inzwischen ist die Geschäftsführung noch weiter gegangen. Nach einem Gespräch mit dem Betriebsrat am 7.11.1996 legte sie ein Papier „Potentiale zur Erarbeitung des Sparpakets von 6 Mio. DM“ vor, das ihre Vorstellungen

zusammenfaßt. Sie gehen weit über tarifwidrige Regelungen wie bei der hessischen Firma Viessmann hinaus und lauten in Kurzfassung: In Zukunft sollen alle Beschäftigten bei Bedarf bis zu 5 Stunden ohne Bezahlung und ohne Mehrarbeitszuschläge länger arbeiten, andererseits soll die Arbeitszeit auf 28 Stunden verkürzt werden können – ohne Lohnausgleich. Des Weiteren sollen alle Beschäftigten pauschal auf 3% ihres Einkommens und die nächste Tarifröhöhung „verzichten“, die Geschäftsführung auf 10%.

Als diese Zumutungen am Freitag letzten Woche bekannt wurden, fand sich nach der Pause fast die gesamte Frühschicht in der Kantine ein. Die Arbeit ruhte. Im Betriebsrat hatte es zunächst unterschiedliche Meinungen gegeben, er ist auch nach wie vor bereit, über ein Konzept für die Magnetfertigung zu verhandeln. Den gesetzten Termin lehnte er ebenso wie den Katalog für ein „Sparpaket“ jedoch einhellig ab. Tarifliche Regelungen kann der Betriebsrat ohnehin nicht außer Kraft setzen, das hat sich inzwischen herumgesprochen. Am Montag, nach Redaktionsschluß, findet eine zusätzliche Betriebsversammlung statt, bei der die Geschäftsführung aufgefordert werden soll, ihr Ansinnen zurückzunehmen – um den Betriebsfrieden zu wahren... (fkw)

Am 11. Oktober war das langjährige Führungsmitglied der amerikanischen Gewerkschaft „United Automobil Workers“ (UAW), Jerry Tucker, im Mannheimer Gewerkschaftshaus zu Besuch beim Arbeitskreis Internationale Solidarität. Er berichtete einerseits von dem erheblichen Druck, den das amerikanische Kapital auf die Gewerkschaften macht und andererseits von den Versuchen, auch unter diesen erschwerten Bedingungen für die Interessen der Lohnabhängigen erfolgreich zu kämpfen.

Das Problem ist auch in den USA ein enormer Schwund an Mitgliedern, der im wesentlichen der Entwicklung der Arbeitsplatzvernichtung folgt. In der

US-Gewerkschaften gehen auf Distanz zu Co-Management

Jerry Tucker vom UAW in Mannheim

UAW sind jetzt noch ca. 700 000 Mitglieder organisiert gegenüber 1,2 Millionen noch vor 10 Jahren. Ford und General Motors haben ihre Belegschaften gegenüber Anfang der 80er Jahre halbiert, und der Abbau geht weiter.

Streiks werden von den amerikanischen Automobilkapitalisten brutal unterlaufen, indem die Streikenden einfach gefeuert und durch andere Arbeitskräfte ersetzt werden.

Ein Beispiel hierfür war der Caterpillar-Streik (15 000 Beschäftigte). Er begann 1991, nachdem sich die Belegschaft im Jahrzehnt zuvor auf extremes Partnerschafts-Management eingelassen hatte, um den Standort zu sichern. Im Frühjahr 1992 erklärte das Unternehmen öffentlich, Streikbrecher einzusetzen. Der Vorsitzende der UAW beendete daraufhin den Streik; die Beschäftigten mußten die Arbeit ohne Tarifvertrag wieder aufnehmen, so daß das Unternehmen die Arbeitsbedingungen selbst festlegen konnte. Nach dem Streik wurden alle 150 gewerkschaftlichen Funktionäre gefeuert.

Daraufhin traten die Beschäftigten in einen weiteren, einjährigen Streik. Auch dieser Streik ging verloren; alle Streikenden wurden ersetzt. Dieser Streik wurde US-weit von der Öffentlichkeit verfolgt, weil Caterpillar erklärt hatte, sie werde den (kämpferischen) Gewerkschaftstyp zerschlagen. Diese Niederlage war zugleich die doppelte Niederlage der von der Mehrheit im UAW-Vorstand verfolgten Strategien:

1. zeigte sich erneut, daß breite Streiks zunehmend schwerer durchzustehen sind, da sie zu vielen Opfern führen;

2. war mit dem Streik auch die in den USA seit 16 Jahren massenhafte und bis auf den heutigen Tag verfolgte Strategie des „Partnerschafts-Management“ oder „Co-Management“ gescheitert. Die Unternehmen waren mit diesen Managementkonzepten auf breiter Linie auf die Belegschaften zu- (bzw. los-)gegangen und hatten gerade viele betriebliche Gewerkschaftsfunktionäre als Co-Manager „umgedreht“; aus diesen Reihen wurden auch die ersten Streikbrecher rekrutiert. Die UAW-Mehrheit hatte im „Partnerschafts-Management“ eine Möglichkeit gesehen, unter dem ständig steigenden Druck doch noch zu gewissen Zugeständnissen zu kommen.

Jerry Tucker repräsentiert einen Flügel, der, wie er sagt, äußerst erfolgreich die „In-Plant-Strategie“ entwickelte. Diese Strategie des Kampfes im Betrieb

setzt nicht als erstes und letztes Kampfmittel auf Streiks, sondern auf gezielte Aktionen, die den laufenden Betrieb erheblich stören.

Diese Strategie setzt eine breite Basmobilisierung der Gewerkschaftsmitglieder voraus, intensive Schulungsarbeit und Diskussionen, vor allem über die Ergebnisse des Co-Managements. „Demokratie in der Gewerkschaft ist dabei von größter Bedeutung“, hob Jerry hervor.

Als Beispiel für den Erfolg der neuen Strategie nannte er das größte General-Motors-Werk der USA in Flint/Michigan: Dort war es nach intensiver Vorbereitung an der Basis gelungen, durch gezielte Aktionen gegen Zulieferer General Motors schmerzliche Verluste zuzufügen. Nach fünf Wochen war es dann so weit: Die bis dahin unannehbaren Bedingungen (zu hohe Bandgeschwindigkeiten, Vervielfachung der Unfallhäufigkeit, bis zu 56 Wochenstunden) wurden korrigiert. So mußten 1 000 Neueinstellungen getätigten werden, die durchschnittliche Wochenarbeitszeit wurde zurückgefahren etc.

Mittlerweile, so stellt Jerry fest, gibt es in den US-Gewerkschaften einen Generationenwechsel. Die Ergebnisse von 16 Jahren Partnerschafts-Management werden nun kritisch analysiert und man sucht nach Alternativen. Diese Diskussionen erstrecken sich bis in den AFL-CIO-Verband und die Demokratische Partei hinein.

(tht)

IG Medien zu den Verhandlungen zum Manteltarifvertrag Druckindustrie

Seitens der IG Medien wurde zu Verhandlungsbeginn das Thema Lohnfortzahlung in den Mittelpunkt gestellt. Bislang liegen aus der überwiegenden Zahl der Betriebe der Druckindustrie Erklärungen der Arbeitgeber vor, daß bis auf weiteres die 100%ige Lohnfortzahlung geleistet wird. Diese Erklärungen sind jedoch fast immer mit der Erwartung verknüpft, daß die Tarifvertragsparteien zu einer neuen gemeinsamen Regelung im Manteltarifvertrag kommen. Das wird aus unserer Sicht eindeutig so in den Betrieben erwartet. Der Bundesverband Druck hat nun in

Düsseldorf erklärt, daß er diesbezüglich überhaupt keinen tarifpolitischen Handlungsbedarf sieht. Ganz offensichtlich setzen die Arbeitgeber auf günstigere Zeiten, um im nächsten Jahr, wenn das Weihnachtsgeschäft vorbei ist, von den jetzt in vielen Betrieben gegebenen Zusagen abrücken zu können.

Die Verhandlungskommission der IG Medien hat daher eindeutig erklärt, daß ein neuer Tarifvertrag eine eindeutige Festschreibung der 100% Lohnfortzahlung (und das ohne Aushöhlung der Berechnungsgrundlage) sicherstellen muß.

In diesem Zusammenhang wird es auch darauf ankommen, in welchem Umfang sich Belegschaften an Aktionen zur Sicherung der Lohnfortzahlung beteiligen. Angesichts der erkennbaren Blockadehaltung des Bundesverbandes

Mercedes-Benz-Kolleginnen und -Kollegen in Brasilien

Gegen Entlassungen - für Gewerkschaftsrechte

Fabrikkommission verhindert

„Des Weiteren wurden wir darüber informiert, daß Sie nach wie vor der Belegschaft die Einrichtung und Wahl einer Fabrikkommission verweigern. Dies befremdet uns nicht weniger, vor allem weil vom Vorstand der Mercedes-Benz AG die Zusage gegeben wurde, daß alle Belegschaften von Mercedes, auch in Brasilien, das Recht zur freien und unbehinderten Wahl einer betrieblichen Interessenvertretung haben. Herr Werner hat diese Zusage auf der Betriebsratetagung 1995 auf ausdrückliche Forderung von Kollege Feuerstein (Gesamtbetriebsratsvorsitzender, d.Red.) gegeben. Uns liegen Unterlagen der Gewerkschaft Campinas vor, die zweifelsfrei dokumentieren, daß Sie von Seiten der Gewerkschaft in den vergangenen Jahren mehrmals schriftlich zu Verhandlungen über die Einrichtung einer Fabrikkommission aufgefordert wurden, dies aber bis heute blockieren. Die Forderung über die Einrichtung einer Fabrikkommission zu verhandeln, ist Ihnen ganz aktuell als Teil der Forderungen der Gewerkschaft diese Woche zum wiederholten Mal übergeben worden. Wir fordern Sie hiermit auf, Ihre nicht nachvollziehbare Blockadehaltung aufzugeben und in Verhandlungen über die Einrichtung einer Fabrikkommission einzutreten.“

Gewerkschafter verlangen Beschäftigungsgarantie

„Ein dritter wichtiger Punkt ist die Frage einer Beschäftigungsgarantie bzw. der Ausschluß betriebsbedingter Kündigungen. Nach dem massiven Personalabbau und den öffentlichen Aussagen des Unternehmens zu den in Campinas verbleibenden Produktionsumfängen und Programmplanungen 1996 bis 1998 ist die Forderung der Gewerkschaft Campinas nach einer Beschäftigungsgarantie bzw. einem befristeten Ausschluß betriebsbedingter Kündigungen für die verbleibenden rund 1100 Kolleginnen und Kollegen nicht nur sehr berechtigt und dringend notwendig, sondern auch eine personalpolitische Notwendigkeit für das Unternehmen. Wir haben bei unseren Gesprächen mit vielen Kolleginnen und Kollegen im Betrieb ein Ausmaß an Verbitterung und Mißtrauen gegen die Führung der Mercedes-Benz Brasilien festgestellt, das auch Ihnen nicht unbekannt sein dürfte. Für ein Management, das nicht von einem Tag auf den nächsten denkt, müßte es sich in dieser Situation von selbst verbieten, einfach zur Tagesordnung überzugehen. Wir fordern Sie hiermit auch auf, mit der Gewerkschaft Campinas einen Ausschluß betriebsbedingter Kündigungen zu vereinbaren.“

Die Brasilien-Soli-Reisegruppe verlangt von der Werksleitung eine Stellungnahme zu den drei angesprochenen Punkten. Durch Pressegespräche in Brasilien versuchten sie zusätzlich öffentlichen Druck auf die Mercedes-Benz-Manager zu machen.

Die Verhandlungen am 21.10. wurden ergebnislos vertagt. Am Tag darauf tagte des Gesamtbetriebsrat; er mahnte von der Geschäftsleitung noch einmal dringlich eine positive Entscheidung an.

Druck ist es notwendig, Entschlossenheit zu demonstrieren, um für die Druckindustrie die Lohnfortzahlung durchzusetzen. Das gilt auch, wenn jetzt betriebliche Zusagen für eine vorläufige Weiterzahlung von 100% vorliegen sollten, diese können nur durch eine zukünftige tarifliche Regelung gesichert werden.

Bei allem ist aber wohl eines klar: Bei den massiven Einschnitten, die die Arbeitgeber in den Manteltarifvertrag planen, das verbunden mit einer Aushöhlung von Tarifrecht und Öffnungsklauseln, die Tarifpolitik in das betriebliche Konkurrenzgestrüpp verlagern sollen, wird das keine Auseinandersetzung werden, die Verhandlungskommissionen in den Sitzungsräumen von Hotels lösen können.

Stuttgart, den 7. November 1996, Abteilung

Im herbstlichen, verregneten Berlin traf sich die PDS, um „Strategie“ zu machen. Im Haus am Köllnischen Park ging es jedoch trocken und nüchtern zu. Emotionen, die durch Sommerreden im Vorfeld der Konferenz geschaffen worden waren, blieben offenbar im Regen vor der Tür des Tagungsortes. Wie üblich interessierten die Pressefotografen vor allem Gregor Gysi mit seiner Aktenkarte, in der er zu Beginn der Konferenz beharrlich nach der richtigen Strategie suchte, und Sahra Wagenknecht, die sich artig mit einigen anderen Genossen der Kommunistischen Plattform ins Forum gesetzt hatte. Ansonsten keine Auffälligkeiten.

Im Hinblick auf den bevorstehenden Parteitag unternahm die PDS den Versuch, sich wissenschaftlich mit ihrer Rolle in der BRD-Gesellschaft, ihrer Identität und Zielen auseinanderzusetzen. Vielfältige Positionspapiere und Wortmeldungen hatten den Parteihorizont ziemlich vernebelt, so daß vor dem Parteitag in Schwerin eine Positionsbestimmung sinnvoll erschien. Angesichts der anhaltenden Auseinandersetzungen steht die PDS vor einer möglichen Richtungsentscheidung, was direkt mit Strategie zu tun hat.

Strategiediskussion der PDS bedeutet nicht nur Nachdenken über das Wahljahr 1998. Gedacht werden muß, wie sie in dieser Gesellschaft agiert, was sie in und mit dieser Gesellschaft will. Das setzt eine gründliche Analyse voraus; setzt voraus, daß die Erfahrung unterschiedlichster Bevölkerungsgruppen und politischer Strömungen herangezogen wird. Parteivorsitzender Lothar Bisky stellte einleitend fest, daß die PDS wie auch andere Parteien des oppositionellen Lagers „enorme Schwierigkeiten habe, überzeugende Alternativen zur vorherrschenden 'Spar- und Weltmarktpolitik' in der Öffentlichkeit herüberzubringen.“ Schuld daran sei nicht etwa die Phantasielosigkeit der Linken, sondern die Tatsache, daß sie sich „in der Vergangenheit mehr mit der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums beschäftigt und die Probleme der betrieblichen Wertschöpfung eher den dafür zuständigen Eigentümern überlassen hat.“ Die PDS müsse für Alternativen stehen, „die Auswege aus der politischen Defensive der Abwehrkämpfe und Wege für eine wirklich zukunfts-orientierte Politik beschreiben.“ Bisky sieht die Möglichkeit zur Überwindung der konservativen Hegemonie in der BRD in der Bereitschaft einer „Mehrheit in der Gesellschaft“, die Eigentumsverhältnisse zu verändern und zu einer grundlegenden Reform der gesellschaftlichen Produktion beizutragen. So seine Aussage: „Im Zentrum unseres Reformprojekts steht der Abbau der Massenarbeitslosigkeit“ als realistische Gegenwartsaufgabe.

Nüchtern beschreibt Bisky eine strategische Zielstellung der PDS, gleichsam „übersehend“, daß es Auffassungen gibt, die die PDS als originär ostdeutsche Partei haben möchten. Der Abbau des Sozialstaates, chronische Arbeitslosigkeit und die Zerstörung des Arbeitsverhältnisses als systemimmanente Erscheinungen, die nun nach der Niederlage des Realsozialismus mit aller Macht hervorbrechen, bestimmen den Alltag der Bundesrepublik. Das aber ist kein ausschließliches Problem der Ostdeutschen. Die vermeintliche Konzeptionslosigkeit der gegenwärtig Herrschenden ist nichts anderes als eine Politik zur Sicherung der Interessen des Kapitals. Und diese ist nicht dominant ost- oder westdeutsch, sondern umfassend: das Grundproblem. Nick charakterisierte das in seinem Beitrag mit den Worten: „Noch niemals in den bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften war so deutlich, daß ungebrochene Kapital- und Marktdominanz zum ökologischen, sozialen Kollaps führt.“

Wie paßt das aber mit anderen Erklärungen auf der Konferenz zusammen, z.B. mit der Michael Bries, daß „ange- sichts der neuen sozialen Probleme des ausgehenden zwanzigsten Jahrhunderts ... eine neue Welle der Demokratisierung auf der Tagesordnung“ steht. Sozusagen in der „Krise des Parlamentarismus“ eine notwendige „Demokratisierung der Demokratie“? Brie sieht Reformalternativen als Umbau des politischen Systems, und die „Veränderung der Zwänge innerhalb des politischen Systems ist Voraussetzung für die Veränderung der Zwänge innerhalb der Wirtschaft“. Zu recht gab es zu dieser „einseitigen“ Herangehensweise Fragen und Widerspruch, denn allein mit Parlamentarismus ist die

ganz ungemein undemokratische Angelegenheit, an der auch der Parlamentarismus und das Grundgesetz nichts ändern. Hier hilft nur ganz einfach Widerstand. Eine Forderung nach „Ankommen“ geht am realen Leben vorbei, ist extrem verknapp und undifferenziert.

Oder soll „Ankommen“ heißen, sich „anzupassen“, den Forderungen möglicher Partner im Kampf gegen die neokonservative Macht nachzukommen; die PDS nach deren Gusto zu verändern, d.h. zum Beispiel bestimmte politische Gruppen aus der PDS auszutrennen?

In der erbitterten Auseinandersetzung um Wirtschafts- und Sozialpolitik ist es auch die PDS, die die Demontage der Demokratie und des Grundgesetzes

Ein wenig berührt das auch die Debatte um „Tolerieren, Koalieren oder Opponieren“. Hans Modrow hat schon im Juli dieses Jahres davor gewarnt, sich nicht auf Nebenschauplätze abdrängen zu lassen. Auch die Konferenz brachte dafür Beispiele: Von Dagmar Enkelmann (MdB) bis Helmut Holter (PDS-Vorsitzenden Meckl.-Vorpommern) reichte die Palette der Meinungen gegen oder für eine Regierungsbeteiligung. Dann die realistische Erkenntnis: Eine Regierungsbeteiligung müsse konkreten Politikinhalten nachgeordnet sein und sei eine Frage der Taktik, um Reformprojekte zu befördern. Realistisch sei es nur, über Tolerieren oder Koalieren auf Länderebene im Osten nachzudenken. Alles andere sei Illusion.

Politikinhalte entwickeln heißt, konkrete Reformprojekte anbieten: Projekte zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit bis hin zur Abschaffung von Geheimdiensten und der Nichtbeteiligung der Bundeswehr an „out-of-area“-Einsätzen. Sich als linke Kraft behaupten heißt, Unabhängigkeit zu wahren und den sozialen Widerstand mit möglichen Partnern zu forcieren. Geht es um Politikinhalte, sind Vorbedingungen, die der PDS gestellt werden, nicht zu akzeptieren. Identität und Selbstverständnis der PDS werden sich gerade dort bewähren, wo die PDS die konkretesten Alternativen zur neokonservativen Politik einbringen kann. Folgt die PDS Bisks Feststellung, daß sie „ihr sozialistisches Profil an der sozialen Frage entwickeln“ muß, geht es nicht um „Ankommen“ oder „Kultursprung“. Die PDS entspricht den Interessen vieler West- wie auch Ostdeutscher, wenn sie konsequent dieser sozialen Orientierung nachgeht. Nur so wird sie nicht im Berliner Regen stehenbleiben.

Achim Wahl ist Mitglied der AG Frieden und internationale Politik beim PDS-PV.

TERMINI

- 14.-16.11.: DGB-Bundeskongress Dresden.
- 16.11.: „Wurzen und Umland nicht in Nazihand“. Das „Leipziger Bündnis gegen Rechts“ ruft zu einer antifaschistischen Demonstration auf, 14h ab Bahnhof Wurzen.
- 16.-17.11.: Jahres-MV der AG gegen Reaktion, Faschismus und Krieg / Volksfront, Köln, JGH Deutz, Siegesstr. 5a. Am 16.11. Herausgabettreff der „Antifaschistischen Nachrichten“, ebenda ab 13h mit Vorträgen von Ulrich Sander (VVN/BdA NRW) zu „Heer, Wehr, Bundeswehr“, Dr. H. Hochberger (Osnabrück) zu „Rückgriffe auf Methoden völkischer Außenpolitik“ und von Martin Dietzsch zu „Antifa im Internet“.
- 16.11.: 10 Jahre AG Kritischer Polizistinnen und Polizisten. Jubiläumstagung im DGB-Haus in Hamburg, Besenbinderhof, ab 9 Uhr. Mit Vorträgen von Prof. Dr. Fritz Sack, Manfred Quedau und Manfred Mahr. Infos: Reinhard Borchers, Bachstr. 96d, 22083 Hamburg. Fax 040-2273248.
- 29.11. / 1.12.: Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen in Suhl (Thüringen), Neuwahl des Vorstands.
- 6.-8.12.: Die „Informationsstelle Kurdistan“ lädt ein zum Seminar nach Aachen: „Mit der Nähmaschine zur Befreiung. Projekte in Kurdistan als Politikersatz?“ Infos: Informationsstelle Kurdistan, Maxstr. 50, 53111 Bonn, Tel./Fax 0228/ 656127.
- 1997
- 24.-26. Januar: PDS-Parteitag, Schwerin.
- 2. März: Kommunalwahlen in Hessen
- 15./16. März: Frühjahrstagung der Bundeskonferenz BWK in Köln.
- 22./23. März: Kommunalpolitische Konferenz der PDS in Leipzig.
- 31. Mai: Öffentliches Jahrestreffen von Redaktion und Herausgabekreis des „Kurdistan-Rundbriefs“ in Köln-Riehl, Jugendgästehaus, An der Schanz.
- 29.-31.8.: UZ-Pressefest in Dortmund.

Die Naturfreundejugend Göttingen hat ein Papier veröffentlicht „Warum die Linke nicht um den Erhalt des Sozialstaates betteln sollte.“ Unser Genosse Wolf hat darauf in der Weise geantwortet, daß er die „Verteidigung der sozialen Rechte“ mit der Verteidigung der demokratischen Rechte des Volks gleichsetzt und behauptet, in den „bestehenden Sozialeinrichtungen“ seien „handfeste soziale Rechte der Arbeiter vergebenständlicht“.¹²

Handfeste soziale Rechte? In welchen „bestehenden Sozialeinrichtungen“ ist denn zum Beispiel das Recht auf Arbeit und Wohnung „vergebenständlicht“? Das waren in der DDR einklagbare („handfeste“) Rechte, die inzwischen durch die bei uns schon lange „bestehenden Sozialeinrichtungen“ wie Arbeitsämter, Wärmestuben und Suppenküchen ersetzt wurden.

„Ein Recht auf Arbeit, Wohnung, auf soziale Sicherheit und Gesundheit und ähnliches – die in der UN-Konvention über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 16. Dezember 1966 vorgesehen sind – sucht man im Grundgesetz der BRD wie in ähnlichen west-europäischen Verfassungen vergeblich. Bekanntlich hat die Regierungskoalition dahingehende, nach dem Beitritt der DDR zur BRD aktuelle Änderungen des Grundgesetzes zu verhindern vermocht.“¹³

Allerdings wäre eine Verankerung dieser Rechte im Grundgesetz auch nur ein Beweis, daß soziale Rechte allein nichts nützen:

„Das Recht auf Arbeit ... kann es im Kapitalismus geben – nur Arbeit gibt es deswegen immer noch nicht ... Wer sich von einer Verankerung des Rechts auf Arbeit im Grundgesetz erhofft, daß es dann auch wirkliche Arbeit geben würde, der macht eine Rechtsfrage zu einer ökonomischen Frage. Tatsächlich würde es sich mit dem Recht auf Arbeit im Prinzip nicht anders verhalten als mit dem berühmten Recht auf Eigentum: Dieses existiert dadurch, daß es für 95 Prozent der Gesellschaft nicht existiert! Das allgemeine Recht auf Pressefreiheit verwirklicht sich auf Grundlage des Besitzes an Papierfabriken, Verlagen und Zeitungen – usw.! Deswegen ist der Sozialismus auch nicht einfach die allgemeine Durchsetzung dieser Rechte, auch wenn sie (in den Verfassungen der sozialistischen Länder stehen und vor allem) durch den Sozialismus für den überwiegenden Teil der Menschen zum ersten Mal verwirklicht werden. Sonst was die gewaltige ökonomische Umwälzung des Sozialismus bedeutet, das sieht man am besten daran, daß es schließlich einmal auch dieser Rechte gar nicht mehr bedarf! Ein Recht auf etwas braucht man nur dann, wenn man dasjenige nicht sowieso schon bekommt. Wenn man von einer Verwirklichung des Rechts auf Arbeit durch den Sozialismus und Kommunismus sprechen will, dann so: Er verwirklicht es, indem er es zugleich überflüssig macht, indem niemand mehr um seinen Arbeitsplatz zu fürchten braucht – und indem das Prinzip verwirklicht wird: 'Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen'.“¹⁴

Man sieht, daß der Fehler von Genosse Wolf darin besteht, daß er die Frage der Rechte – der demokratischen und auch der „sozialen“ Rechte nicht konkret macht, daß er uns kein einziges Beispiel nennt, welche „sozialen Rechte“ wir denn wie verteidigen oder erkämpfen sollen. Und er geht auch nicht auf das zurück, was wir uns doch in diesen Fragen längst gemeinsam erarbeitet haben.

Um was handelt es sich denn nun bei den jetzigen Auseinandersetzungen, da es in Wirklichkeit nicht um „handfeste soziale Rechte“ geht?



Es handelt sich durchweg um den Preis der Arbeitskraft und die Bedingungen der Nutzung der Arbeitskraft durch die Kapitalisten. Genau das ist es auch, worum heute gekämpft werden muß, wo jede Mark und jede Stunde ge-

des werden Zehntausende nachträglich mit Rentenkürzung (Strafrente) wegen „staatsnaher“ Arbeit für die DDR bestraft.¹⁵

Wer noch einen Beweis brauchte, daß dieses Sozialversicherungssystem ein System der Bourgeoisie ist, hat ihn bei Einführung einer weiteren „Säule“ dieses Systems, der Pflegeversicherung, bekommen. Sie wurde zu einem glänzenden Geschäft für die Reichen. Erstens arbeiten wir jetzt jedes Jahr im November einen Tag von morgens bis abends umsonst für die Kapitalisten (nicht für die

se Versicherung, sondern für die Kapitalisten), zweitens zahlen wir noch einen weiteren Beitrag in die Sozialkassen der Bourgeoisie ein, und drittens werden die pflegebedürftigen Arbeiter jetzt schlechter versorgt als früher

1927 aber wurden sich die Herrschenden klar darüber, daß auf die fetten Jahre der relativen Stabilisierung des Kapitalismus Krisenjahre folgen würden. Sie beschlossen, die Kosten für die Erwerbslosenfürsorge den Arbeitern aufzubürden, und es entstand das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in der heutigen Form.

Natürlich stellte sich heraus, daß es überhaupt keine Versicherung gegen Erwerbslosigkeit gab. Waren früher an der Erwerbslosigkeit die Gewerkschaften pleite gegangen, so ging nun die Weimarer Republik daran pleite. Die Problemlöser waren auch da: die größte ABM aller Zeiten, der „Vier-Jahresplan“ der Hitlerfaschisten zur Vorbereitung der großen Krieges gegen die Völker der Welt, machte der Erwerbslosigkeit ein Ende. Und was waren schon 6 Millionen Erwerbslose in Deutschland, nachdem der Krieg der Hitlerfaschisten 55 Millionen Menschenleben gekostet hatte. Der Riesenverlust an Menschen und Gütern führte zur Nachkriegskonjunktur in Westdeutschland. In unserem Programm (verabschiedet 1974) heißt es dazu: „Seit der Kapitalismus in Deutschland mit dem Imperialismus sein höchstes und letztes Stadium eintrat, konnte er die revolutionäre Lösung der Widersprüche nur durch zwei Katastrophen größten Ausmaßes verhindern: die Land und Volk so weit zurückgeworfen, daß er nochmal zu einem vorübergehenden Aufschwung ausholen konnte. Der Preis für die scheinbar noch erträgliche Lage des werktätigen Volkes in den letzten Jahren wurde zum einen vorher mit dem Blut und den Trümmern des 2. imperialistischen Weltkrieges bezahlt und besteht zum anderen darin, daß die gegenwärtige erneute Zuspizung der Widersprüche eine noch größere Katastrophe heraufbeschwört.“¹⁶

Im Gegensatz zur Massenerwerbslosigkeit sind Krankheit, Invalidität und Alter in jeder menschlichen Gesellschaft vorhanden, in welcher Epoche und welcher Gesellschaftsordnung auch immer wir uns befinden. In der kapitalistischen Gesellschaft ist es aufgrund der im Vergleich zu früheren Gesellschaftsformationen ungleich größeren Entfaltung der Produktivkräfte und damit ungleich größerem Reichtum erstmals möglich, allen kranken, invaliden und alten Mitgliedern der Gesellschaft ein von den äußeren Bedingungen her sorgenfreies Leben zu sichern. Diese Möglichkeit wird bekanntlich nicht genutzt, weil sie im Widerspruch steht zur Triebfeder der kapitalistischen Produktion, der Profitmaximierung. Alle „sozialen Leistungen“ in dieser Hinsicht kennzeichnen das Kräfteverhältnis der beiden Hauptklassen untereinander. Die sozialistische Gesellschaft hat – soweit sie in der Lage ist – kommunistisch zu produzieren – eine ganz andere Triebfeder der Produktion, nämlich die Befriedigung der Bedürfnisse der Mitglieder der Gesellschaft. Die Vorsorge für Krankheit, Invalidität und Alter wird damit zu einer ökonomischen Notwendigkeit. Welcher Arbeiter würde als Mitglied der herrschenden Klasse schon dafür arbeiten wollen, daß er, krank oder alt geworden, auf den Müll der Gesellschaft geworfen wird?

So sieht es also mit dem Recht auf eine gesicherte Existenz der arbeitenden Menschen aus: Kranken-, Invaliden- und Altersvorsorge ist für den Kapitalismus möglich und für den Sozialismus notwendig. Erwerbslosenvorsorge ist für den Kapitalismus nicht möglich und für den Sozialismus nicht notwendig.

Die kapitalistische Gesellschaft, ob sie sich nun „Sozialstaat“ nennt oder sonstwie, treibt unaufhaltsam auf den Widerspruch zu, der schon vor fast 150 Jahren im Kommunistischen Manifest benannt wurde:

Nicht so bescheiden!

Was sind soziale Rechte und worum müssen wir kämpfen? Fortsetzung der Debatte in der „KAZ“ mit der Naturfreundejugend Göttingen.

gen das Kapital verteidigt werden muß. So nüchtern muß man das betrachten, daß es wirklich „nur“ um die Mark und die Stunde geht, und zur Zeit nicht um soziale Rechte, wie sie z.B. durch die UNO-Konvention gefordert werden. Und in diesem Kampf steht die Arbeiterklasse – anders als beim Kampf um demokratische Rechte des Volkes – allein und hat keine Bündnispartner in den kleinbürgerlichen Schichten.

Bismarcks Sozialversicherung

Eingeführt wurde die Renten-, Invaliden-, Kranken- und Unfallversicherung in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts von Bismarck unter der prahlenden Reklamierung „Staatssozialismus“. Es ging um nicht mehr und nicht weniger als die Spaltung der Arbeiterklasse. Die revolutionäre Sozialdemokratie war durch das Sozialistengesetz an legaler Betätigung gehindert – das war die Peitsche. Das Zuckerbrot sollte die Sozialversicherung sein. Geklappt hat diese Spaltung nicht. Die damals revolutionäre Sozialdemokratie verstand es, der Arbeiterklasse zu verdeutlichen, daß diese Sozialversicherung gar nichts mit den ersehnten sozialen und politischen Rechten zu tun hatte: „Niemals werden wir um das Linsengericht einer Unfall- und Invalidenversicherung von höchst zweifelhaftem Werte das Recht des Volkes auf Arbeit und Existenz, niemals das Recht und die Pflicht des Volkes, seine Forderungen im Notfalle mit Gewalt durchzusetzen, preisgeben.“¹⁷

Unter Adenauer wurde die Reichsversicherungsordnung fortgesetzt – und zu gleicher Zeit am KPD-Verbot gearbeitet, das schließlich 1956 vom Bundesverfassungsgericht ausgesprochen wurde. Gleich nebenan in der DDR wurde es ganz anders gemacht: das gesamte Sozialversicherungssystem wurde in die Hände der Gewerkschaft gelegt.

Die DDR ist einverlebt. Und dem Bonner Staat ist gelungen, wovon Bismarck nicht zu träumen wagte: die Vereinigung von Reichsversicherungsordnung und Sozialistengesetz. Nach der Einverleibung der Sozialkassen des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes

durch das Sozialamt, während die „Beserverdienenden“ (Manager etc.), die früher nichts vom Sozialamt bekamen, jetzt bei Pflegebedürftigkeit genauso Pflegegeld bekommen wie der arme Schlucker.

All das bedeutet natürlich nicht, daß man diese „Leistungen“ nicht fordern, gegen ihren Raub kämpfen und sie möglichst ausgiebig in Anspruch nehmen soll – Corelli¹⁸ hat recht, daß dies Lohnbestandteile sind, und kein Arbeiter kann auf sie verzichten, zumal es sich um von der Bourgeoisie vorenthaltenen Lohn handelt, der für die Kriegskasse verwendet wird, wenn wir auf ihn verzichten.

Die Arbeitslosenversicherung

Die Arbeitslosenversicherung in ihrer heutigen Gestalt war natürlich nicht Bestandteil der famosen Bismarckschen Reformen. Hätte man den Arbeitern erzählt, daß sie einen „Staatssozialismus“ bekommen, in dem sie sich gegen Erwerbslosigkeit versichern müssen, die Arbeiter hätten sicherlich Tränen gelacht.

Der bitteren Realität der Erwerbslosigkeit versuchten allein die Gewerkschaften Rechnung zu tragen. 1879 wurde die die erste zentrale gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützungskasse des Deutschen Buchdruckerbandes für seine Mitglieder gegründet. Viele andere Gewerkschaften folgten diesem Beispiel. 1908 sind 72 Prozent aller Mitglieder der freien Gewerkschaften versichert, d.h. sie erhalten Unterstützung bei Erwerbslosigkeit. Vierzig von 60 freien Gewerkschaften haben die Erwerbslosenfürsorge eingeführt. Nur eins tritt auch immer deutlicher hervor: die Gewerkschaften gehen durch die Unterstützung ihrer erwerbslosen Mitglieder langsam pleite, was nicht an den Gewerkschaften, sondern am kapitalistischen System liegt.¹⁹

In der Weimarer Republik wurde zunächst eine vom Staatshaushalt getragene Erwerbslosenfürsorge eingerichtet, die von der inzwischen schon lange nicht mehr revolutionären Sozialdemokratie als „Errungenschaft der Revolution“ gefeiert wurde. Bis zum Jahr

„Der Arbeiter wird zum Pauper¹⁰ und der Pauperismus¹¹ entwickelt sich noch schneller als Bevölkerung und Reichtum. Es tritt hiermit offen hervor, daß die Bourgeoisie unfähig ist, noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben und die Lebensbedingungen ihrer Klasse der Gesellschaft als regelndes Gesetz aufzuzwingen. Sie ist unfähig zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern, weil sie gezwungen ist, ihn in eine Lage herabsinken zu lassen, wo sie ihn ernähren muß, statt von ihm ernährt zu werden. Die Gesellschaft kann nicht mehr unter ihr leben, d.h. ihr Leben ist nicht mehr verträglich mit der Gesellschaft.“¹²

Unsere Aufgabe als Kommunisten ist es, beizutragen, daß die Entwicklung dieses Widerspruchs verschnellert wird. Kämpfe, die in der Richtung geführt werden „Die Reichen sollen zahlen“, können eine solche Verschnellerung bewirken, weil sie die Unverträglichkeit der Gesellschaft mit der Bourgeoisie im Kampf verdeutlichen können. Es geht darum, den Klassenkampf zu verschärfen, die im Kommunistischen Manifest genannte Tendenz schneller zu verwirklichen und damit auch das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu entwickeln.

Die Fabrikgesetzgebung

Was auch gern als Bestandteil des „Sozialstaats“ (und von Gen. Wolf als „soziales Recht“?) definiert wird, sind staatliche Zwangsgesetze, die Kapitalisten und Arbeitern bei Kauf und Verkauf der Arbeitskraft von vornherein bestimmte Bedingungen diktieren, und damit die Freiheit beider bei Abschluß dieses Geschäfts einschränken. Ein solches Gesetz hat verschiedene ökonomische Auswirkungen, u.a. schwächt es die Konkurrenz der Arbeiter untereinander.

Karl Marx hat diese Art von Gesetzgebung („Fabrikgesetzgebung“) und den Kampf um sie gründlich untersucht und in seinem Werk „Das Kapital“ umfassend in ihrer gewaltigen gesellschaftlichen Bedeutung dargestellt. Er fängt mit der ganz einfachen Frage an: wie lang ist eigentlich ein Arbeitstag?

„Von ganz elastischen Schranken abgesehen, ergibt sich aus der Natur des Warenaustausches selbst keine Grenze des Arbeitstags, also keine Grenze der Mehrarbeit. Der Kapitalist behauptet sein Recht als Käufer, wenn er den Arbeitstag so lang als möglich und womöglich aus einem Arbeitstag zwei zu machen sucht. Andererseits schließt die spezifische Natur der verkauften Ware eine Schranke ihres Konsums durch den Käufer ein, und der Arbeiter behauptet sein Recht als Verkäufer, wenn er den Arbeitstag auf eine bestimmte Normalgröße beschränken will. Es findet hier also eine Antinomie¹³ statt, Recht wider Recht, beide gleichmäßig durch das Gesetz des Warenaustausches besiegt.“

Zwischen gleichen Rechten entscheidet die Gewalt. Und so stellt sich in der Geschichte der kapitalistischen Produktion die Normierung des Arbeitstags als Kampf um die Schranken des Arbeitstags dar – ein Kampf zwischen dem Gesamtkapitalisten, d.h. der Klasse der Kapitalisten, und dem Gesamtarbeiter, oder der Arbeiterklasse.“¹⁴

„Man muß gestehn, daß unser Arbeiter anders aus dem Produktionsprozeß herauskommt, als er in ihn eintrat. Auf dem Markt trat er als Besitzer der Ware ‚Arbeitskraft‘ andren Warenbesitzern gegenüber, Warenbesitzer dem Warenbesitzer. Der Kontrakt, wodurch er dem Kapitalisten seine Arbeitskraft verkauft, bewies sozusagen schwarz auf weiß, daß er frei über sich selbst verfügt. Nach geschlossenem Handel wird entdeckt, daß er ‚kein freier Agent‘ war, daß

die Zeit, wofür es ihm freisteht, seine Arbeitskraft zu verkaufen, die Zeit ist, wofür er gezwungen ist, sie zu verkaufen, daß in der Tat sein Sauger nicht losläßt, ‚solange noch ein Muskel, eine Sehne, ein Tropfen Blut auszubeuten‘. Zum ‚Schutz‘ gegen die Schlange ihrer Qualen müssen die Arbeiter ihre Köpfe zusammenrotten und als Klasse ein Staatsgesetz erzwingen, ein übermächtiges gesellschaftliches Hindernis, das sie selbst verhindert, durch freiwilligen Kontrakt mit dem Kapital sich und ihr Geschlecht in Tod und Sklaverei zu verkaufen. An die Stelle des prunkvollen Katalogs der ‚unveräußerlichen Menschenrechte‘ tritt die bescheidne Magna Charta eines gesetzlich beschränkten Arbeitstags, die ‚endlich klarmacht, wann die Zeit, die der Arbeiter verkauft, endet und wann die ihm selbst gehörige Zeit beginnt‘. Quantum mutatis ab illo!“ (Welch große Veränderung!)¹⁵

Die Sozialstaats-Ideologie bemüht sich, gerade diese „große Veränderung“ aus den Köpfen der Arbeiter herauszubringen und sie auf Tarifverträge, Einzelvereinbarungen etc. einzuschwören. Bis 1994 galt die Arbeitszeitordnung aus dem Faschismus (1938), wobei nach 1945 „wenigstens“ der 8-Stunden-Tag – Ergebnis der November-Revolution 1918 – wieder eingeführt wurde (d.h. 48-Stunden-Woche – der Samstag gilt als Werktag). Vom Juni 1994 ist das jetzt gültige „Arbeitszeitrechtsgesetz“. Es übertrifft noch die Arbeiterfeindlichkeit der faschistischen Arbeitszeitordnung (auch wenn jetzt auf faschistische Vokabeln wie „Betriebsführer“ und „Gefolgschaft“ verzichtet wird): Es wird „vielmehr der Arbeitsschutz verschlechtert und in vielerlei Hinsicht unter den Vorbehalt gestellt, daß wirtschaftliche Interessen der Betriebe nicht beeinträchtigt sein dürfen. Dies gilt für die Vorschriften zur Ausweitung von Sonntagsarbeit ebenso wie für die ersetztlose Streichung der gesetzlichen Mehrarbeitszuschläge oder die Zulassung einer 60-Stunden-Woche bzw. des 10-Stunden-Tags als Normalarbeitszeit.“¹⁶

Die tatsächlich bis heute erkämpften Arbeitszeiten sind tariflich, kein „übermächtiges Staatsgesetz“ zwingt Kapitalisten und Arbeiter zur Einhaltung dieser Zeiten, denn kein einheitlicher Kampf der gesamten Arbeiterklasse gegen die gesamte Kapitalistenklasse hat diesen Zwang hergestellt.

Zum Beispiel: Lohnfortzahlung

Der große Kampf um Lohnfortzahlung im Krankheitsfall vor 40 Jahren war ein harter Kampf und war ein Fortschritt für die westdeutsche Arbeiterklasse. Für sich selbst erreichten die Metaller die volle Lohnfortzahlung. Und sie erreichten noch mehr: Die Herrschenden der BRD, die gerade die neue Wehrmacht aufbauten und die KPD in die Illegalität gejagt hatten, sahen sich im Juni 1957 aufgrund der Entschlossenheit der Arbeiter zu einem Gesetz genötigt, das zwar an den Tarifvertrag der Metaller nicht herankam, aber immerhin die Kapitalisten verpflichtete, vom dritten Krankheitstag an das Krankengeld auf 90 Prozent vom Nettolohn aufzustocken. Die beiden einschneidenden gesetzlichen Absicherungen, die 1961 und 1969 folgten, waren aber nicht von den Arbeitern erkämpft. Das Gesetz 1961, das die Kapitalisten verpflichtete, das Krankengeld der Krankenkasse

ab dem dritten Tag auf 100 Prozent des Nettolohns aufzustocken, kam zu einer Zeit, als die Kapitalisten immer mehr Arbeitskräfte brauchten. Seit 1959 hatte es keinen größeren Streik mehr in der BRD gegeben.¹⁷ „Von 1958 bis 1961 steigt die Zahl der ausländischen Arbeiter fast ebenso rasch, wie die Zahl der Arbeitslosen sinkt; erstere bleibt auf einem hohen, letztere auf einem niedrigen Niveau bis 1965 ...“¹⁸ Wobei unter Ausland nicht nur so ein Land wie z.B. Italien zu verstehen ist: 1961 gibt es eine gigantische Offensive der westdeutschen Kapitalisten, insbesondere Facharbeiter und sonst gut ausgebildete Fachkräfte aus der DDR zu bekommen – zum einen, weil man sie eben brauchte und man sie weder sprachlich noch fachlich ausbilden mußte, zum anderen, weil man sich zu dieser Zeit große Hoffnungen machte, die DDR durch Ausblutungen kaputtkriegen. Einen Monat und einen Tag nach dem Lohnfortzahlungsgesetz, am 13. August 1961, sah die Deutsche Demokratische Republik keinen anderen Ausweg mehr, als in ihrem eigenen Interesse und im Interesse des Völkerfriedens ihre Grenzen dicht zu machen.

Das Lohnfortzahlungsgesetz 1961 war unter der CDU/FDP-Regierung zustandegekommen, das von 1969 unter einer CDU/SPD-Regierung, der Großen Koalition, die auch für die Verabschiedung der Notstandsgesetze 1968 verantwortlich gewesen war. Es wurde die völlige Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten beschlossen, es gab sechs Wochen 100 Prozent Lohnfortzahlung durch die Kapitalisten vom ersten Krankheitstag an. Anlaß war der letzte große Konjunkturaufschwung in Westdeutschland

nach der kleinen

Krise 1966/67. Bei den Arbeitern gärt es, von ihnen waren während der Krise zu viele Opfer verlangt worden, und die Kapitalisten konnten in dieser Zeit der prächtigen Geschäfte absolut keine Unruhe im Betrieb brauchen. Zu Recht trauten die Bonner Regierung dem Frieden bei den Arbeitern nicht, wie sich dann im September 1969 bei zahlreichen „wilden Streiks“ herausstellte, die gegen den erklärten Willen der Gewerkschaftsführung ausbrachen.

1957, 1961, 1969, 1996: Ob durch den Kampf der Arbeiter erschreckt, ob durch Hochkonjunktur und Kampf gegen die DDR veranlaßt oder durch die große Krise im Zugzwang – stets war bei Änderungen der Lohnfortzahlung die CDU (mit) in der Regierung. Das hat dieselbe Kontinuität wie die Begleitmusik diverser Gewerkschaftsführer dazu: Sache der Gewerkschaften sind die Tarifverträge, Gesetze aber sind Sache der Regierung, und da kommt es darauf an, daß wir richtig wählen. Nun erhebt sich die Frage: wen Besseres sollen wir denn wählen – die CDU oder die CDU oder die CDU oder die CDU? Und wer soll uns nach noch so guten Wahlen diesen Sozialstaat wiedergeben, der ein Kampfinstrument gegen die DDR und ein Schmiermittel für die Hochkonjunktur war – wenn es weit und breit wieder DDR noch Hochkonjunktur gibt?

Nicht um den Sozialstaat betteln

Den Arbeitern bleibt nichts anderes übrig, als erbittert um den tariflichen Erhalt der Lohnfortzahlung zu kämpfen. Die Wiederherstellung des Lohnfortzahlungsgesetzes von 1969, ein „übermächtiges Staatsgesetz“, kann

aber unter den heutigen Bedingungen nur erreicht werden, wenn sich die Arbeiter zur Klasse zusammenschließen. Das war nicht möglich auf der Grundlage, daß wir in Westdeutschland und Westberlin Jahrzehntelang im Schlepptrajekt unserer Herren marschiert sind – gegen die DDR und auf den Wogen der kapitalistischen Konjunktur. Dafür werden wir jetzt zum Dank bestohlen und gedemütigt und auf Verteidigung des „Standorts Deutschland“ gedrillt. Und eben deshalb sollten wir wirklich nicht um den Erhalt des Sozialstaats betteln – die Arbeiter nicht, und die politisch organisierten Linken schon gar nicht. Immer mehr Arbeiter werden durch klassenversöhnlerische und offensichtlich realitätsfremde Phrasen, durch Hemmung der Kampfbereitschaft der Arbeiter und durch Festlegung auf „Tatfrieden“ und Kamingespräche mit dem Kapital von der Gewerkschaft abgeschreckt, die Gewerkschaften werden immer kleiner. Vor allem erwerbslose Arbeiter sehen oft keinen Sinn mehr in einer Gewerkschaftsmitgliedschaft, und viele durch Einverleibung des FDGB in der DDR „gewonnene“ Kollegen sind inzwischen verbittert ausgetreten. Dem Kapital kann diese Entwicklung nur recht sein: so werden diese Arbeiter den Gewerkschaftsfeinden ausgeliefert, konterrevolutionären und faschistischen Ideologen und Verbänden aller Art. Denn nicht nur für viele Arbeiter ist die Klassenversöhnung keine Lösung mehr (auch wenn sie sich zur Zeit keine Alternative vorstellen können). Das Kapital braucht die Klassenversöhnung durch die Gewerkschaftsführung nur so lange, wie die Gewerkschaften stark sind. Aus all diesen Gründen kann es nicht richtig sein, wenn wir der Klassenversöhnung Zugeständnisse machen. Dadurch kommen wir dem Zusammenschluß der Arbeiterklasse nicht näher. Sondern wir müssen die Gewerkschaften von links stärken, damit sie nicht von rechts noch restlos zerstagen werden.

Erika Wehling-Pangerl

- (1) KAZ Nr. 281, S. 8; (2) KAZ Nr. 281, S. 9/10 „Nicht die ‚Sozialstaats‘-Illusion, die sozialen Rechte verteidigen“; (3) Erich Buchholz, Menschenrechte – Klassenrechte?, in: Marxistaisches Forum (der PDS), In großer Sorge, GNW-Verlag 1995, S. 211; (4) Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, Schriftenreihe zu brennenden Fragen der Arbeiterbewegung Nr. 5 – Randnotizen zum DKP-Programmwerk, München 1978, S. 93/95; (5) Der Sozialdemokrat (Zürich), 24. 11. 1881, zitiert nach: Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in 15 Kapiteln, Kapitel III, Berlin 1966, S. 75; (6) Parteivorstand und Bundestagsgruppe der PDS, Ostdeutschland – Herausforderung und Chance, Berlin, 2. Okt. 1996, S. 11; (7) KAZ Nr. 281, S. 7, „Den Finger auf wunde Punkte gelegt“; (8) Rudolf Herbig, Notizen aus der Sozial-, Wirtschafts- und Gewerkschaftsgeschichte vom 1. Jahrhundert bis zur Gegenwart, hrsg. vom DGB, 1973, S. 98, 114; (9) Siehe Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden, Band 4, S. 143/144; (10) Programm des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD, München 1974, S. 6; (11) Pauper: Armer, Verelndeter; (12) Pauperismus: Verelndung, Herabsinken auf das niedrigste Lebensniveau; (13) Karl Marx und Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx, Engels, Werke Bd. 23, Berlin 1969, S. 249; (14) Karl Marx, Das Kapital, a.a.O., S. 319/320; (15) Dieter Schulte, Vorsitzender des DGB, in: Rudolf Buschmann, Jürgen Ulber, Arbeitszeitrechtsgesetz, Köln 1994, S. 5; (16) Frank Deppe, Georg Füllerth, Jürgen Harrer (Hrsg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Köln 1978, S. 391; (17) Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, 10 Jahre Arbeiterbund ... – 10 Jahre Antwort auf die Frage „Was tun?“, München 1980, S. 237.



Faschistische Namenspolitik

Mittel zur Ausgrenzung von jüdischen Menschen

Der evangelische Pastor Friedrich Luncke und seine Frau Luise wollten ihre am 11. August 1938 geborene Tochter Esther nennen. Der Standesbeamte in Gelsenkirchen lehnte diesen Wunsch der Eltern ab. Pfarrer Luncke ging vor Gericht. Die letzte Entscheidung gegen ihn während der Herrschaft der Nationalsozialisten fällte das Kammergericht in Berlin. Es entschied am 28. Oktober 1938, der Vorname Esther sei „typisch jüdisch“ und könne einem Kind arischer Eltern nicht gegeben werden.

Diesen Vorgang hat der Kölner Rechtsanwalt Winfried Seibert mit großer Genauigkeit untersucht. In seinem Buch „Das Mädchen, das nicht Esther heißen durfte. Eine exemplarische Geschichte“ schildert er eindringlich, wie die zuständigen Stellen und die einzelnen Juristen sich nicht damit begnügten, nach den herrschenden Gesetzen zu urteilen, sondern von sich aus noch antisemitische Argumente und Behauptungen hinzufügten, die sie ohne Not auch hätten unterlassen können. Winfried Seibert geht diesen zusätzlichen Grausamkeiten unerbittlich forschend, wenn auch vorsichtig urteilend, nach und versetzt so diejenigen, die sein Buch lesen, in die Lage, sich selber ein Urteil über die Verantwortlichkeit jedes einzelnen der han-



delnden Juristen zu bilden, zumal er auch deren Lebens- und Dienstweg nach 1945 verfolgt.

Die Entscheidung des Kammergerichts über den Namen Esther war zu fällen auf Grundlage einer Richtlinie vom 18. August 1938 zu dem Erlass vom 14. April 1937 – ein Gesetz gab es gar nicht – über die Führung von Vornamen. Teil dieser Richtlinie war die Anlage „Verzeichnis der jüdischen Vornamen“. Jüdische Eltern mußten für ihre Kinder einen Namen aus dieser Liste wählen, die mit der Absicht größtmöglicher Diskriminierung zusammengestellt war. Der Vorname Esther stand nicht in dieser Liste. Ob das Ehepaar Luncke diesen Namen nun verwenden durfte, mußte anhand von zwei Kriterien geprüft werden. War ein ur-

prünglich ausländischer Name „völlig eingedeutscht“ wie z. B. die Namen Julius oder Maria? Das war es sicher nicht. Obwohl die Richter noch nicht einmal zu entscheiden hatten, ob der Name jüdisch sei, ließen sie sich unflätig über die „jüdische Dirne“ Esther aus. Eine Familiendiebstadt, die der zweite Grund hätte sein können, einem deutschen Kind einen ausländischen Namen zu geben, wurde von den Antragstellern nicht behauptet. Dennoch fühlte sich das Gericht gedrungen, jeden, der diese Möglichkeit auch nur in Betracht ziehen könnte, abzuschrecken mit dem Befund, es könne nicht als der Sinn des Runderlasses bezeichnet werden, „eine durch die Ereignisse völlig überholte Familienüberlieferung weiter aufrechtzuerhalten“. „Die Ereignisse“, das war die Entfesselung des faschistischen Terrors gegen die jüdischen Menschen in Deutschland. Wenige Tage nach diesem Urteilsspruch war das Wüten der SS in dem Pogrom vom 9. November für jeden unübersehbar geworden.

Dankenswerterweise ist der Verfasser, gestützt auf eigenes Studium der erst seit kurzem zugänglichen Akten der früheren DDR, in einem Exkurs noch auf die besondere Rolle eingegangen, die Hans Globke, der spätere Staatsekretär von Bundeskanzler Konrad Adenauer, in der faschistischen Rassengesetzgebung und insbesondere auch bei Fragen der Namengebung und der gewollten Ausgrenzung von Juden aus der Gesellschaft spielte. (anl)

Winfried Seibert, *Das Mädchen, das nicht Esther heißen durfte. Eine exemplarische Geschichte*. Reclam Verlag Leipzig 1996, Reclam Bibliothek Bd. 1572, 24,00 DM

Bekannt sind Fälle, in denen der Werkschutz „Ostarbeiter“ an die Gestapo ausgeliefert hat.

Die in der Dokumentation festgehaltenen Schilderungen und Erinnerungen dieser Frauen und Männer, die in ihrer Jugend in Köln so schwer gelitten haben, sind sehr bewegend. Sie machen deutlich, wie die Verbrechen der Faschisten das ganze Leben dieser Menschen beeinträchtigt haben.

Bis heute sind die ZwangsarbeiterInnen nicht für den entgangenen Lohn entschädigt worden. Zu Entschädigungszahlungen für die erlittene Deportation und Gesundheitsschäden konnte die Bundesregierung erst sehr spät gebracht werden. Diese Zahlungen sind unzulänglich und sind auch nur für einige Länder vereinbart worden. Erst 1991 kam ein Abkommen mit Polen zu stande und 1992 mit den GUS-Staaten Ukraine, Russland und Belarus. Die Bundesregierung zahlte einige Beträge an entsprechende Stiftungen in diesen Ländern, die das Geld verwalten und auszahlen sollten an „schwer geschädigte Opfer des Nationalsozialismus, die sich in einer Notlage befinden“. Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen aus Russland und der Ukraine erhalten keinen Pfennig Rente, während mit den Niederlanden und Polen immerhin Vereinbarungen getroffen wurden, daß die Zeiten, in denen die Verfolgten in Deutschland in die Rentenkasse eingezahlt haben, bei der Altersrente angerechnet werden.

Die Broschüre enthält weitere Beiträge zum Problem der nicht entschädigten Zwangsarbeit. Die Autoren und die Herausgeber plädieren dafür, daß eine Möglichkeit zur Entschädigung dieser Opfer des Faschismus gefunden wird, die die noch Lebenden bald erreicht. (anl)

Zwangarbeit bei Ford. Dokumentation der „Projektgruppe Messelager“ im Verein EL-DE-Haus e.V. Köln, 1996, 12 DM. Die Bezugsadresse lautet: Anares-Medien Köln, Buchhandlung „Schwarz auf Weiß“, Venloer Str. 220, 50823 Köln, Fax 0221/5107024

Dokumentation über Zwangsarbeit bei Ford

Broschüre der „Projektgruppe Messelager“ im Verein EL-DE-Haus in Köln

„Ost“ stand auf der Arbeitskleidung der Jungen und Mädchen, die von den deutschen Faschisten ab 1942 aus der UdSSR zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt wurden. Briefe und Interviews von Menschen aus den heutigen GUS-Staaten und aus Polen, die bei Ford in Köln auf dem Werksgelände hinter Stacheldraht eingesperrt und von bewaffneten Bewachern zur Arbeit geführt wurden, hat die „Projektgruppe Messelager“ im Verein EL-DE-Haus jetzt vorgelegt.

Sie ergänzen die Dokumentation einer öffentlichen Veranstaltung der Projektgruppe im September 1995: „Und die Jahre vergehen in diesem verfluchten Land ...“ ZwangsarbeiterInnen und KZ-Häftlinge bei Ford. Bei der Veranstaltung wurden Fotos und Dokumente ausgestellt. Seit 1989 führt die Projektgruppe ein Besuchsprogramm durch, durch das ehemalige ZwangsarbeiterInnen, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge auf Einladung der Stadt nach Köln kommen. Im September 1995 waren überwiegend Menschen da, da bis zur Befreiung durch amerikanische Streitkräfte von der Firma Ford zu unmenschlichen Bedingungen ausgebeutet wurden.

Ford Köln wurde 1931 eröffnet. Der Besitzer Henry Ford war ein Förderer Adolf Hitlers und selber Verfasser einer antisemitischen Hetzschrift. Für ihn war es kein Problem, das Kolner Werk mit dem Begriff „deutsches Erzeugnis“ werben zu lassen und von der deutschen Kriegsproduktion zu profitieren und



Anna Nesteruk und Nadeschka Schubrawa in der Halle A der Kölner Ford-Werke, 1995

zen, die in der Zeit ihre Heimatländer überfielen und verwüsteten. 1943 bestand etwa die Hälfte der Belegschaft aus ausländischen ZwangsarbeiterInnen. Die aus den russischen Ländern Verschleppten waren überwiegend junge Frauen und Mädchen. Trotz der schweren Arbeit in der Produktion mußten sie täglich außer sonntags zwölfstündige Schichten leisten. Sie wurden schlechter versorgt als die Zwangsarbeiter aus anderen Ländern. Die Liste ihrer auf dem Westfriedhof beerdigten Säuglinge spricht der Behauptung der Firmenleitung Hohn, sie hätte humanitäre Einrichtungen wie ein Entbindungsheim geschaffen. Für die Arbeit bekamen sie kein Geld. Das Werksgelände durften die meisten jahrelang nicht verlassen. Der Werksschutz durfte sie schlagen.

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik – erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zülpicher Straße 7. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruska, Herben Stascheit, Hardy Vollmer.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelle aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer, für Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider; für Reportagen und Berichte regional: Jörg Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler; für Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite Martin Fochler

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19 - 507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 130 DM).

Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribune Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen: Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41. Hamburg: GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. 040 / 38 13 93, Fax: 040 / 38 93 31. Hannover: GNN-Verlag, Elisenstr. 40, 30451 Hannover, Tel. 0511 / 4 58 37 93. Köln: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73. München: GNN-Verlag, Schwantaler Str. 139, 80339 München, Telefon und Fax: 089 / 5 02 81 12. Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 03 42 04 / 6 57 11, Fax: 03 42 04 / 6 58 93. Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

Politische Berichte – zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte

4 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.

im Halbjahres- / Jahresabo (39,- bzw. 78,- DM je Einzelabo)

im (Halbjahres)-Förderabo (65,- DM je Einzelabo).

Halb- / Jahresabo für neue Länder (26,- bzw. 52,- DM im Jahr)

Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln oder an eine regionale Bestelladresse.

Name:

Strasse:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

Bankunterschrift